



Politische Berichte

Nummer 21 / 13. Jahrgang

9. Oktober 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Gesetzesverschärfung und Polizeiausbau schwächen die äußerste Rechte nicht, sondern stärken sie

Gerade „vor dem Hintergrund der kriminellen gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ausländer“, so Bundesinnenminister Seuters in seiner Rede vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 22. 9., seien weitere „Initiativen für eine wirksame Verbrechensbekämpfung“ nötig.¹ Vor dem Hintergrund? Bei näherer Betrachtung entpuppt sich sein Zehn-Punkte-Katalog von Gesetzesänderungen und Polizeiausbau als Vorhaben, unter dem Vorwand faschistischer Gewalttätigkeiten die individuellen und kollektiven Rechte noch weiter einzuschränken.

Zunächst plant Seuters, jetzt durchzusetzen, was der CDU/CSU mit dem kürzlich verabschiedeten „Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität“ noch nicht gelungen ist: den „Großen Lauschangriff“ unter verdeutlichtem Einsatz von technischen Hilfsmitteln in und aus Wohnungen. Angesichts einer rasant nach rechts durchstartenden FDP² und vorsichtiger, aber wachsender Zustimmung auch aus den Reihen der SPD sieht der Bundesinnenminister die Gelegenheit für gekommen, eines der zentralen individuellen Grundrechte, die Unverletzlichkeit der Wohnung, auszuheln und geheimpolizeiliche Mittel und Methoden weiter zu legalisieren.

Des weiteren plant der Minister vor allem,

- den Landfriedensbruchparagrafen zu ändern und zu verschärfen; der frühere Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, Wassermann, schlägt vor die „Rückkehr zur alten Fassung, wonach auch die ‚Mitläufers‘, die selbst keine Gewalt ausüben, strafbar sind“³;
- das Haftrecht zu verschärfen, um des Landfriedensbruchs dringend Verdächtigte bei Wiederholungsgefahr in U-Haft nehmen zu können;
- das Versammlungsrecht durch befristete und räumlich begrenzte Demonstrationsverbote weiter auszuholen;
- die Kronzeugenregelung bis Ende 1994 zu verlängern;
- Vereinsverbote gegen „extremistische Organisationen“ zu prüfen;
- den BGS zu einer Truppe zur Bekämpfung von einreisenden Flüchtlingen, insbesondere aus dem Osten, auszubauen;
- mobile Polizeieinsatztruppen zu schaffen bzw. zu halten.

Seit je hat die BRD mit der Ausländergesetzgebung, mit diskriminierenden Bestimmungen gegen Menschen ausländischer Nationalität eine Arbeiterbevöl-

Seiters rüstet auf: gegen die politische Opposition

kerung minderen Rechts geschaffen. In diesen letzten Wochen und Monaten haben die Regierenden die staatliche Verpflichtung, das Leben von Menschen zu schützen, für Menschen ausländischer Herkunft aufgegeben. Ihnen fehlten nicht etwa die rechtlichen und polizeilichen Mittel, die von faschistischen Gewalttätern Bedrohten zu schützen, sondern sie haben die Mittel nicht eingesetzt. Es fehlt in Rostock ja nicht an Polizeikräften, um die Brandstifter zurückzudrängen — die vorhandenen Polizeikräfte wurden in einer Nebenstraße stundenlang zurückgehalten. Nicht ein wölfmöglich freizügiges Versammlungsrecht hindert die Polizei, Ansammungen, die Wohnungen und Unversehrtheit von Asylsuchenden und Flüchtlingen bedrohen, aufzulösen — Ansammungen, die unter keinem Gesichtspunkt unter den Schutz des Demonstrationsrechts fallen. Es fehlt auch nicht an Gesetzen, die Verbrechen zu verfolgen: „Wer Molotowcocktails in geschlossene Räume“ werfe, zitiert der *Spiegel* (5. 10.) einen Verfassungsrichter, der wolle töten oder nehme zumindest „den Tod der Bewohner billigend in Kauf“. Da seien die „Straftatbestände des versuchten oder vollendeten Totschlags erfüllt — im Zweifel ist es sogar Mord“. Doch verhängten die Gerichte von Hamburg bis Eberswalde in den letzten Wochen gegen junge Männer, die des gewalttätigen

Angriffs auf Menschen ausländischer Herkunft überführt wurden, weitgehend nur geringfügige Strafen — Urteile, die signalisieren, daß das Leben von Menschen ohne deutschen Paß, das Leben der Armen in der BRD nicht viel zählt. Faschistische Embleme können ungehindert zur Schau gestellt werden, ohne daß die Gesetze zur Anwendung kommen. Gegen die stabsmäßige Organisation z.B. der Rostocker Krawalle und ihre Drahtzieher wird nicht einmal ermittelt — von einer Justiz, die auf der Linken schon gegen Meinungsäußerungen mit dem § 129a vorzugehen keine Skrupel kennt. (Die Zurückhaltung, die der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern, Prechtel, gegenüber dem Treiben organisierter faschistischer Banden an den Tag legt, war ihm in seiner früheren Tätigkeit im Rahmen der Bundesanwaltschaft gegenüber linken Kritikern fremd.)

Die Verfolgungsbehörden haben sich durch ihr eigenes Handeln in den Verdacht gebracht, daß sie die polizeilichen und gesetzlichen Mittel willkürlich — und das heißt: terroristisch — anwenden: exzessiv gegen die Linke, mit äußerster Zurückhaltung gegen die Rechte. Überdies verdunkeln vor allem CDU/CSU-Politiker immer wieder, wer eigentlich Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Asylbewerber verübt. Selbst der *Spiegel* stellte jüngst fest, daß

etwa Kohl „von der angeblichen ‚Zerreißprobe zwischen den Extremen von rechts und links‘ (redet), als hätten Linkenradikale die Feuer gelegt“.⁴

Kein einziges der Seitersschen Vorhaben richtet sich etwa auf die Verfolgung rassistischer Hetze, auf deren Boden die terroristische Gewalt zunimmt, oder auf die Verfolgung der Aufreizung zu Gewalt gegen Minderheiten, der Rechtfertigung von Terror.

Angesichts all dessen ist es mehr als eine Vermutung, daß die Reaktion die faschistischen Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Asylbewerber zu nutzen sucht, nicht nur dazu, das Asylrecht zu beseitigen und Massenabschiebungen und den Einsatz staatlicher Gewalt gegen Flüchtlinge vorzubereiten, sondern auch dazu, den staatlichen Gewaltapparat bei Duldung faschistischer Bandenbildung gegen jede Kritik hochzurüsten.

Insofern liegt Seuters Zehn-Punkte-Programm voll auf der Linie der „Law-and-Order“-Propaganda der äußersten Rechten; es schwächt sie deshalb nicht, sondern treibt ihnen Kräfte etwa aus dem Staatsapparat zu.

(1) Die schriftliche Fassung liegt d. Verf. vor; (2) siehe dazu z. B. den Kommentar von Heiner Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* 2./3./4. 10.; (3) *Die Welt*, 25. 9. 92; (4) *Spiegel*, 5. 10.; entsprechend äußerte sich Kohl auch in: „Sicherung des Rechtsstaates vor extremistischen Gewalttätern“, *Bulletin*, 30. 9. — (scc)

Mehrheit für Asylrecht, gegen Kampfeinsätze

Zwei Drittel der Delegierten des baden-württembergischen Landesparteitages der SPD am 3./4. Oktober haben sich gegen die von der Parteführung gewollte Änderung des Asylrechts ausgesprochen. Ebenfalls mit klarer Mehrheit wurde eine Verfassungsänderung, die eine Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen unter dem Dach der UNO oder durch Ermächtigung der UNO ermöglichen soll, abgelehnt. In einer Presseerklärung des baden-württembergischen Friedensnetzes wird „die mehrheitliche Ablehnung des Engholmschen Wendemanövers“ begrüßt, aber auch kritisiert, daß der positive Beschuß durch die Befürwortung von Blauhelmeinsätzen „zur militärischen Begleitung humanitärer Aktionen“ aufgeweicht wird. Zur Bedingung für Blauhelmeinsätze hat der Parteitag eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und die Zustimmung der betroffenen Soldaten gemacht. — (evc)

ÖTV: Tarifkommission für Arbeitszeitverkürzung

„1. Klare Priorität für die Tarifrunde '93 hat die Sicherung der Realeinkommen ... 2. Die tariflichen Bestimmungen zur Arbeitszeit werden zum 31. Dezember 1992 gekündigt. Ziel ist es, 1993 einen weiteren Schritt zur Arbeitszeitverkürzung zu vereinbaren. Ein gleichzeitiges Inkrafttreten ... wird nicht angestrebt.“ Nach der Vorgabe von 3% durch den Metallabschluß und der einsetzenden Lohnverzichtspropaganda (z. B. v. Weizsäcker am 3. 10.) wird es der ÖTV schwer haben. Eine Arbeitszeitunde belastet die Verhandlungen über die Höhe der Einkommen. Das Abstimmungsergebnis von 73 zu 40 Stimmen zeigt, daß auch viele Tarifkommissionsmitglieder so denken. — (har)

Gegen illegale Leiharbeit und Billigstlöhne am Bau

Die IG Bau hat ihre Kritik an der extrem zunehmenden Arbeit zu Niedrigstlöhnen im Baubereich verstärkt. Nach Angaben der Gewerkschaft sind inzwischen auf Großbaustellen zwischen 27 und 53% aller Beschäftigten Billiglohnarbeiter aus Osteuropa, die z.T. schwarz, zum Teil als sogenannte „Werkvertragsbeschäftigte“, z.T. als scheinbar „Selbständige“ (zur Vermeidung von Sozialversicherungsbeiträgen) zu niedrigsten Löhnen ausgenutzt werden. Offiziell arbeiten derzeit 80 000 Personen auf dem Bau als „Werkvertragarbeiter“. Als eine Maßnahme, um diese Beschäftigung zu Hungerlöhnen einzuschränken, fordert die Gewerkschaft die Erhebung einer „Anti-Dumping-Abgabe“, die die Arbeitgeber für jeden Beschäftigten aus Osteuropa an die Versorgungskasse des Baugewerbes entrichten sollen. — (rül)

Raketenfeier zwar ohne Regierung, aber ...

Erich Riedl, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium für Luft- und Raumfahrt, als CSU-Mann mit den entsprechenden Verbindungen zu den einschlägigen Rüstungskonzernen, wollte den Jahrestag des ersten Raketenstarts im Hitlerdeutschland am 3. 10. 1942 zum Anlaß für eine Jubelfeier machen. Nach zahlreichen Protesten — die V2-Raketen aus Peenemünde waren zur Bombardierung Londons eingesetzt worden, viele Zwangsarbeiter starben bei ihrer Produktion — wies ihn Minister Möller an, seine Schirmherrschaft zurückzuziehen, auch der zu Daimler gehörige DASA-Konzern verzichtete. Aber: Das Historisch-Technische Informationszentrum in Peenemünde veranstaltete mit mehreren hundert Menschen dennoch eine Gedenkfeier, bei der Teilnehmer, die an der Entwicklung der V2-Raketen mitgearbeitet hatten, die Regierung wegen ihrer Absage kritisieren. Und ein zweites Aber: Riedl bleibt im Amt, er habe ja schließlich nur der Raumfahrtindustrie in Ostdeutschland Auftrieb geben wollen. — (alk)



BRD auf den Spuren H. Schachts

Osthandel künftig nach dem Muster faschistischer Ostexpansion?

Es gäbe eine „interessante historische Parallele“ zu der heutigen Ostpolitik der Regierung, die versuche, „deutsche Wirtschaftsprobleme durch eine Verstärkung des Osthandels zu lösen: In der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre wurde der deutsche Export in die Sowjetunion ... forciert.“ So kommentierte das *Handelsblatt* am 22. 9. die am nächsten Tag anstehenden und auch getroffenen Entscheidungen des Bundeskabinetts zur Förderung des Osthandels.

Tatsächlich ähnelt die Förderung der Ostexpansion, wie sie die Bundesregierung betreibt, in vielerlei den faschistischen Ostpolitiken der 30er Jahre, für die der Reichsbankpräsident und Kriegsfinanziere Hjalmar Schacht zum Symbol wurde und an deren Ende der militärische Überfall zur „Sicherung“ des Ostraums stand. Das Ministerium Möllmann beschreibt das am 23. 9. beschlossene Maßnahmenbündel der Regierung so: „Für ostdeutsche Exporte, die mit Rohstoffen aus Rußland oder Kasachstan oder anderen Waren bezahlt wer-

den, soll es Hermes-Exportbüros geben.“ (a.a.O.) Auf dieselbe Weise sorgten Reichsbank und Reichsregierung in den 30er Jahren für Exportsteigerung nach Osten bei gleichzeitiger Auffüllung der reichsdeutschen Rohstoffvorräte. „Außerdem sollen die Hermes-Sonderkonditionen für bereits 1991 in den neuen Ländern bestellte Waren bis Ende März 1993 verlängert werden.“ (a.a.O.) Bei Schacht hieß das „Ausfuhrförderungsumlage“, faktisch ein Zuschuss aller Kapitalisten für Ostgeschäft, und diente damals wie heute der Sicherung der Vormacht deutscher Konzerne auf den Ostmarkten.

Unterm Strich bleibt übrig, daß die Bundesregierung ihre Fördermaßnahmen zur Steigerung des Osthandels noch einmal erheblich ausweitet. Angeblich soll so der Absatz der ostdeutschen Industrie gefördert werden. Das ginge aber auch durch schlichte Zurückdrängung westdeutscher Unternehmen z.B. bei öffentlichen Aufträgen. Diesen Weg will das Kabinett aber auf keinen Fall gehen.

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn**Slowakei und CSU**

Es war bereits auffallend, wie eine Meldung nur kurz in der *Wirtschaftswoche* (vom 19.6.) zu lesen war: Die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS)“ unter Vladimir Meciar, die in erster Linie die Spaltung der CSFR und die Errichtung eines slowakischen Nationalstaats betreibt, wird von der Hanns-Seidel-Stiftung finanziert. Damals schrieb die *Wirtschaftswoche*, die CSU betreibe diese Förderung des „Ex-Kommunisten“, „um Position und Ansprüche der Sudetendeutschen gegenüber Prag zu stärken“. Das findet nun seine Fortsetzung. Anlässlich der Einweihung des Rhein-Main-Donau-Kanals teilte Meciar in Nürnberg mit, nach der Spaltung der CSFR, ab Anfang 1993, könne der Vertrag BRD-CSFR neu verhandelt und „offene Fragen“ einer „Klärung“ nähergebracht werden.

Kaliningrad = Hanse Königsberg?

Vom 20. bis 24. September fand in Kaliningrad ein „Hanse-Kolleg“ statt, veranstaltet vom *Handelsblatt* und der „Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V.“ In dankenswerter Offenheit teilte Meciar vorab, am 8.9.92, ein Prof. Dr. Dr. h. c. Willy Kraus, Bochum, mit, daß das Ziel die Umwandlung Kaliningrads in eine „Sonderwirtschaftszone“ mit dem Ziel sei, „innerhalb eines abgegrenzten, überschaubaren Raumes mit der Einleitung des Transformationsprozesses“ in ein privatwirtschaftliches System „Ernst zu machen“. Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe forderte auf der Veranstaltung zusätzlich, die „Zuzugssperre für wandernde Russlanddeutsche nach Königsberg“ aufzuheben und sah als Rückgrat des Projekts „die geplante Hanseautobahn von St. Petersburg nach Lübeck durch das Gebiet Kaliningrad“.

Die Falken „entsetzt“ über SPD

In einer Erklärung der „Sozialistischen Jugend – Die Falken“ heißt es: „Im Herbst 1992 sind Grundpfeiler der Bundesrepublik ins Wanken geraten. Immer unverhohlene werden Zuwanderer und Flüchtlinge durch rechtsradikale Gewalttäter terrorisiert.“ In dieser Situation stelle der Bundesvorstand der Falken „entsetzt“ fest, „daß sich der Vorstand der SPD“ mit den „Petersberger Beschlüssen mehrheitlich ... für eine Politik der populistischen Anpassung an öffentliche Stimmungen ... entschieden hat“. Die Falken rufen zu einer Großdemonstration gegen Rassismus am 14. November in Bonn auf. Zu diesem Zeitpunkt findet dort zufällig der SPD-Parteitag statt.

Gesundheitsreform II

Nach mehrtagigen Verhandlungen haben sich Unionsparteien, FDP und SPD auf eine Neufassung des Gesundheitsstrukturgesetzes, das Minister Seehofer (CSU) vor einiger Zeit eingebrochen hatte, geeinigt. Die Information über die

Beschlüsse ist sehr lückenhaft. So soll die „Selbstbeteiligung“ der Kranken an Medikamenten statt einheitlich 10 % von 3 bis 10 DM je Medikament gestaffelt werden. Ein „Arzneimittelinstanz“ soll Medikamente festlegen, die die Kassen gar nicht mehr zahlen. Die „Eigenbeteiligung“ bei Krankenhausaufenthalt steigt von 10 auf 12 Mark, aber „nur“ die ersten 14 Tage. Zum Ausgleich der Beitragssätze — derzeit zwischen 8 und 16,8 Prozent — soll ein „Risikostrukturausgleich“ der Kassen eingerichtet werden.

Verbote gegen Rechte?

Wenige Tage vor der Sonderkonferenz der Innenminister von Bund und Ländern am kommenden Freitag gab sich Bundesinnenminister Seifers hart. „Bishin zu Verboten“ werde man alle Maßnahmen gegen rechte Gewalttäter prüfen, tönnte er demagogisch. Ausgerechnet die Bundesregierung, die sich seit Jahren um die Förderung der Rechten bemüht — angefangen von Kohls denkwürdiger Rehabilitierung der SS-Gräber zu Bitburg — spielt sich nun zum Bekämpfer der eigenen Brut auf.

Streit um Finanzausgleich

Zu einem heftigen Streit zwischen den SPD- und den CDU-regierten Bundesländern ist es am 2. Oktober auf einer Tagung der Länderfinanzminister gekommen. Anlaß war das provokative Thesenpapier von Finanzminister Waigel vom 11. September zum künftigen Länderfinanzausgleich, der den „alten“ Bundesländern den größten Teil der „Altschulden“ der „neuen“ Bundesländer aufladen will. Das lehnten die SPD-regierten (West-)Länder schroff ab, während die CDU-regierten (Ost)-Länder eine „ausgewogene“ Antwort verlangten. Vor der nächsten Sitzung am 9. Oktober hat Waigel ein erstes Ziel bereits erreicht: Streit unter den Ländern.

BfA: Arbeitsmarktabgabe

Die Einführung einer „Arbeitsmarktabgabe“ hat der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit bei der Vorlage seines Haushaltspans für 1993 gefordert. Der Vorstand der drittelparitätisch besetzten Anstalt (ein Drittel Gewerkschaften, ein Drittel Kapitalisten, ein Drittel Regierung) geht für 1993 von Ausgaben von 94,2 Mrd. DM aus. Die Kürzungen, die die Regierung mit der AFG-Novelle bei ABM-Programmen und Umschulungen im Osten plant, sind noch nicht berücksichtigt. Ein Antrag der Gewerkschaften, die ABM-Stellen von 400 000 auf 480 000 auszuweiten, scheiterte.

Was kommt demnächst?

Am 8. Oktober berät der Bundestag in erster Lesung über die Verträge von Maastricht. Am gleichen Tag reist Außenminister Kinkel nach Moskau. Am 9. Oktober tagt eine Sonderkonferenz der Innenminister von Bund und Ländern über rechtsradikale Gewalt. Am gleichen Tag beraten die Finanzminister von Bund und Ländern über die Neuordnung des Finanzausgleichs. Am 16. Oktober ist das Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der EG in Birmingham.



Scharf kritisiert hat der 2. Vorsitzende der IG Metall, Zwickel, den Arbeitszeitgesetzentwurf von Arbeitsminister Blüm. Dieser „ermöglicht Arbeitszeiten ohne Maß. Er begrenzt nicht die Arbeitszeiten, sondern ermöglicht Arbeit zu Unzeiten.“ (nach: *Handelsblatt*, 5.10.) So erlaube Blüms Entwurf Nachtarbeit praktisch ohne Begrenzung. Die IG Metall fordere dagegen grundsätzlich ein Verbot der Nachtarbeit. Auch könnten die Unternehmen über Wochen und Monate zehn Stunden tägliche Arbeitszeit anordnen. Der 8-Stunden-Tag, 1918 nach langen Kämpfen endlich errungen, werde damit wieder aufgehoben. Bild: Antritt zur Nachschicht.

CDU: Asyl nicht für jeden Menschen SPD: OK gegen Regierungsposen

Die SPD-Führung hatte sich zu ihrer Zustimmung für eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz auf dem Petersberg bei Bonn am gleichen Wochenende durchgerungen, als in Rostock organisierte Neonazi-Banden ihren Terror gegen die Asylbewerber begannen. Und wie zum Fanal eines Sieges ging am Tage darauf, praktisch unter den Augen von Bundesinnenminister Seifers und der Polizei, das Asylbewerberheim in Flammen auf.

Während der Terror gegen die Flüchtlinge weiterging, kamen die Unionsparteien ermutigt mit immer weitreichenderen Vorschlägen, wie die Grundgesetzänderung gestaltet werden könnte. Der Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses, Horst Eymann (CDU) forderte, das individuelle Asylrecht gleich ganz zu streichen, und übernahm damit eine Forderung, wie sie von den Republikanern in ihrem baden-württembergischen Landtagswahlprogramm erstmals so deutlich öffentlich propagiert worden war. Ende August schloß Engholm eine große Koalition nach der Bundestagswahl 1994 nicht aus und erwartete, daß bis Weihnachten neue Asylgesetze parlamentarisch verabschiedet werden könnten.

Anfang September sah sich der Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars in der BRD, Walter Koisser, gezwungen, angesichts der ausufernden Asyldiskussion vor einem Verzicht auf die individuelle Prüfung von Asylbegehren zu warnen und auf die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention zu pochen, die eine Abschiebung von Flüchtlingen und eine Zurückweisung an der Grenze verbietet, wenn diesen Gefahr für Leib und Leben drohe.

Während sich der Widerstand in der SPD gegen die neue Linie der Parteispitze zu regen beginnt — der SPD-Landesparteitag in Hessen sprach sich gegen eine Grundgesetzänderung aus, ebenso die Landesvorstände in Bayern und Bremen — wird nun auch von rechten SPD-Kreisen die Stimmung weiter aufgeputzt. Der Münchner OB Kronawitter (SPD) beschwört apokalyptisch einen „Volksaufstand“, wenn das Grundgesetz nicht geändert werde. Einen Tag vor der Tagung des SPD-Vorstandes am 12.9.92 in Bad Salzuflen veröffentlichte die Union ihre neusten Vorstellungen zum Asylrecht:

1. Abschaffung des durch Artikel 16 GG individuell garantierten Rechts auf Asyl und Ersetzung durch eine „institutionelle Garantie“ auf der „Basis der Genfer Flüchtlingskonvention“;

2. der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten, bisher auch Flüchtlingen durch Artikel 19 GG zur Einklagung ihres Asylanspruchs garantiert, soll beiseitigt und durch „unabhängige Beschwerdeausschüsse“ ersetzt werden;

3. Abschiebungen sollen ungeachtet dagegen eingelegter Rechtsmittel durch-

geführt werden, Rechtsschutz soll in offensichtlich aussichtslosen Fällen nur vom Ausland her möglich sein, und

4. eine Öffnungsklausel für zwischenstaatliche Vereinbarungen über ein harmonisiertes Asylrecht und eine internationale Zusammenarbeit in Flüchtlingsangelegenheiten, um die Anerkennungen von Asylentscheidungen in anderen Ländern (wie z.B. im Schengener Abkommen vorgesehen) zu ermöglichen.

Der SPD-Vorstand in Bad Salzuflen bestätigte mit großer Mehrheit die Petersberger Beschlüsse, d.h. keine Asylverfahren mehr und sofortige Abschiebung für Bewerber, die falsche oder keine Angaben zur Person machen, Asylbewerber aus Ländern, in denen nach Feststellungen der UN keine politische Verfolgung stattfindet, sollen von vornherein abgewiesen werden können, Abschluß von Abkommen mit anderen Ländern über die gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen.

Niedersachsens Ministerpräsident Schröder (SPD) erklärt, für seine Partei sollte der Preis für eine Zusammenarbeit mit der Union die Regierungsbeteiligung sein. Diese wird in Kiel und Stuttgart eingeübt, wo scheinbar mittels Regierungsentwicklungen klargestellt werden soll, daß die SPD bereit ist, Menschenleben für Ministerposten zu opfern, wofür die Gefolgschaft der Parteibasis bisher zu wünschen übrig ließ. Die baden-württembergische SPD/CDU Koalitionsregierung brachte Mitte September eine einstimmig verfaßte Entscheidung im Bundesrat ein, in der die SPD über die Beschlüsse von Bad Salzuflen hinaus akzeptiert, daß auch Flüchtlinge aus „verfolgungssicheren“ Drittstaaten und straffällig Gewordene ihren Anspruch auf Prüfung des Asylbegehrens verwirken. Eine ähnliche Entscheidung ließ Engholm etwa zeitgleich im Kieler Landtag zusammen mit der CDU verabschieden. Mit dem Einverständnis des Ausschlusses großer Teile von Flüchtlingsgruppen aus dem Asylverfahren über Länderlisten, für solche, die keinen Paß haben, die straffällig wurden etc. hat die SPD faktisch die Beseitigung des individuellen Rechts auf Asyl bereits akzeptiert. Es ist ein demagogischer Schachzug der CDU, wenn sie jetzt den ursprünglich ja von der SPD ins Gespräch gebrachten Bezug auf die Genfer Flüchtlingskonvention zur Beseitigung des individuellen Rechtsanspruchs der Flüchtlinge auf Asyls Feld führt:

Die Genfer Flüchtlingskonvention und das Völkerrecht kennen nur das Recht von Staaten, Asyl zu gewähren, nicht aber die Pflicht zur Asylgewährung. Das bedeutet, das Asylrecht ist durch das Völkerrecht nicht als individuelles Recht eines Menschen, als Menschenrecht definiert, sondern als Recht von Staaten, was historisch in der territorialen Abgrenzung der Nationalstaaten

ten begründet liegt. Diesen Tatbestand macht sich die CDU in ihrem Bezug auf die Genfer Flüchtlingskonvention zu nutze, um die Abschaffung des individuellen Asylrechts zu betreiben. Der Grundgesetzartikel 16 garantiert zwar „politisch“ Verfolgten Asyl, dieses aber jedermann. Nach Artikel 19 hat jeder Flüchtling das Recht, seinen Asylanspruch als politisch Verfolgter rechtlich einzuklagen und zwar deshalb, weil Artikel 16 als Jedermannrecht gefaßt ist.

Darin liegt das eigentlich Positive des Asylrechts im GG. Es geht der CDU/CSU um die Beseitigung dieser im Grundgesetz teilweise verwirklichten Asylpflicht, um verbesserte Möglichkeiten zu schaffen, Asyl nicht zu gewähren.

Tatsächlich verstößen die von CDU und SPD vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Genfer Konvention. So gilt das völkerrechtliche Verbot der Zurückweisung, Abschiebung oder Ausweisung (non-refoulement) unabhängig davon, ob der Verfolgte bereits förmlich als Flüchtling anerkannt ist und auch unabhängig davon, ob sich der Verfolgte rechtmäßig oder unrechtmäßig in Staatsgebiet aufhält. Ebenso sind Ausweisungen lediglich bei Schwerverbrechen z.B. im Sinne auch von Auslieferungen erlaubt und nicht schon bei einfachen Straftaten. Auch das Recht des Fremden auf Zugang zu den Gerichten gilt völkerrechtlich als allgemein anerkannt. Nicht umsonst ließ die Justizministerin Frau Leutheusser-Schnarrenberger ein Gutachten in Auftrag geben, mit dem nachgewiesen werden sollte, daß die Genfer Konvention die Zurückweisung an der Grenze nicht verbiete. Dies gilt allerdings nur, wenn die staatliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist (siehe Rostock!) oder z.B. durch Massenflüchtlingsbewegungen, wozu die paar Tausend Flüchtlinge, die in die BRD kommen, regelmäßig aufgebuscht werden.

Am 24.9.92 hat Innenminister Seifers mit Rumänien ein Abkommen unterzeichnet, wonach sich Rumänien verpflichtet, auch abgeschobene Asylbewerber zu übernehmen, die keine gültigen Papiere haben. Ab 1. November ist deshalb mit Massenabschiebungen von Roma und Sinti zu rechnen, die mit 43 000 zur Zeit die größte Gruppe von Asylbewerbern darstellen. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hatte z.B. in einem Urteil vom 23.12.91 festgestellt, daß die Roma und Sinti in Rumänien als Gruppe gewaltamer Verfolgung und Vertreibung ausgesetzt sind und damit eindeutig unter die Genfer Konvention fallen. Möglicherweise will die Bundesregierung mit den geplanten Massenabschiebungen innere Widderstände in Rumänien provozieren. Seifers äußerte sich zuversichtlich, daß das Abkommen auch Signalwirkung auf andere Länder haben werde. — (rac)

Berliner Kurdenmorde: Noch keine Taten gegen iranische Regierung

Auch nach der Festnahme zweier libanesischer Verdächtiger — schon öfters hat das iranische Regime über seine libanesischen Hisbollah-Verbindungen Geheimdienst-Aktionen durchgeführt — hält die Bundesanwaltschaft an ihrer Behauptung fest, die Mörder der vier kurdischen Politiker der KDP-I könnten aus den Reihen „konkurrierender kurdischer Organisationen“ wie der PKK kommen. Damit leistet die Bundesanwaltschaft weiter Beihilfe zur Vertuschung der Verantwortlichkeit des iranischen Geheimdienstes. Die Bundesregierung hat gegenüber dem Iran trotz der dringenden Proteste der Partei der Ermordeten, der KDP-I, ebenfalls nicht reagiert. Auch hier gilt anscheinend die Devise: Geschäft geht vor. Für die iranische Regierung ist dieses Verhalten der bundesdeutschen Behörden faktisch die Botschaft, daß Anschläge iranischer Kommandos in der BRD womöglich auch in Zukunft ohne gravierende Folgen bleiben — eine lebensgefährliche Botschaft, die als Einladung zu weiteren Attentaten verstanden werden kann.

Zu befürchten ist, daß sich auch die türkische Regierung bei ihrem Ent-

schluß, Mordkommandos gegen kurdische Einrichtungen und Personen ins Ausland zu senden, bestärkt fühlen wird. Ende dieses Monats will der amtierende türkische Premierminister Demirel nach Teheran reisen, um die im Vormonat zwischen den Innenministern beider Länder vereinbarte Zusammenarbeit gegen kurdische oppositionelle Gruppen weiter auszubauen.

Leider hat sich auch die SPD, immerhin Gastgeber der KDP-I-Vertreter in Berlin, nur zu äußerst lahmen Reaktionen aufraffen können. Für die SPD-Bundestagsfraktion, deren „Arbeitsgruppe Kurden“ noch eine Woche vor dem Anschlag mit einem der Ermordeten verhandelt hatte, erklärte Hans Koschnick zu den Berliner Morden am 18. September lediglich:

„Diese Partei (die KDP-I, d. Verf.) vertritt seit langem eine föderalistische Lösung des Kurdenproblems im Iran, in der die Kurden innerhalb des iranischen Staates mehr Autonomie haben sollen. Diese politische Forderung wird von den iranischen Machthabern seit jeher strikt abgelehnt und bekämpft. Nach Auskunft der iranischen Kurden sind

dabei schon über 50 000 Kurden in den letzten 10 Jahren im Iran getötet worden. Seit Jahren wird auch die politische Führung der iranischen Kurden im Exil verfolgt. So wurde vor drei Jahren der Generalsekretär der Partei, Prof. Ghassoul, in Wien ermordet.“ Anstatt dann aber Maßnahmen gegen den Iran und seine Mordkommandos zu verlangen, endet die Erklärung mit der Allerweltfloskel: „Die SPD verurteilt aufs schärfste jeglichen politischen Terror und insbesondere diesen politischen Mord auf deutschem Boden.“

In den kurdischen Gebieten im Iran soll es nach — noch unbestätigten — telefonischen Meldungen nach der Nachricht von den Berliner Morden zu großen Protesten gekommen sein. In der kurdischen Stadt Mahabad protestierten mehrere tausend Personen gegen die Morde. Die Läden wurden geschlossen. Iranische Sicherheitskräfte schlossen in den Demonstrationen und versuchten, die Ladenschließung mit Gewalt zu brechen. Etwa 1 000 Personen sollen bei den Protestaktionen in Mahabad verhaftet worden sein, von denen bei Redaktionsschluss noch 200 in Haft waren. — (rac)

Unternehmerverbände und Regierung machen sich nun ernsthaft daran, die Tarife zu öffnen. Die Kapitalisten gehen dabei ein hohes Risiko ein, das aber nennenswerte Kräfte unter ihnen offensichtlich nicht scheuen. Laut *Handelsblatt* bereitet der Bundesarbeitsminister im Auftrag des Kabinetts einen Gesetzentwurf über die Öffnung von Tarifverträgen zugunsten von Betriebsvereinbarungen vor. (1) Der zentrale Ansatzpunkt dabei ist eine Interessenspalzung zwischen Gewerkschaft und Betriebsrat.

Wie stehen die Gewerkschaften zu diesen Plänen? Der Vorstand der IG Metall hat in seiner Entschließung zur Tarifpolitik an den Gewerkschaftstag im Oktober auch gegen Versuche Stellung genommen, „die Wirkungsweise und den Geltungsbereich von Tarifverträgen einzuschränken und auszuholen (Deregulierung) und anstelle verbindlicher tariflicher Regelungen immer mehr unverbindliche Empfehlungen der Tarifvertragsparteien zu setzen“. (2) Er besteht auf der Verbindlichkeit der Tarifverträge und tritt auch für eine Erweiterung des Geltungsbereichs von Tarifen ein, will aber auch *tariflich* abgesicherte Differenzierungen innerhalb des Betriebs oder der Branche nicht ausschließen.

Direkt gegen Öffnungsklauseln richten sich drei Anträge an den Gewerkschaftstag aus Esslingen, Erfurt und Suhl. Die Antragskommission der IG Metall, die in ihrer Machtfülle sich doch allerhand erlaubt hat, was hoffentlich auf dem Gewerkschaftstag ruchbar wird, gibt in diesem Fall erfreulicherweise die eindeutige Empfehlung, den Antrag aus Suhl zu beschließen:

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert zu verhindern, daß in bereits abgeschlossenen bzw. zukünftig abzuschließenden Tarifverträgen Öffnungsklauseln aufgenommen werden, die den Geschäftsleitungen und Betriebsräten per Betriebsvereinbarung ein Unterlaufen des Tarifvertrages erlauben.“

Mit solchen Öffnungsklauseln, wie sie im Sinne von Deregulierungsbemühungen der Spitzenverbände der Industrie und auch vom Bundeswirtschaftsminister immer wieder ins Gespräch gebracht werden, würde eine entscheidende Wende zum Negativen in der Tarifpolitik eingeleitet.

Insbesondere in den neuen Bundesländern werden massive Anstrengungen in dieser Richtung unternommen.

Die Gewerkschaft würde einen wesentlichen Pfeiler ihrer Durchsetzungsfähigkeit verlieren.“

Der Antrag aus Suhl und der fast gleichlautende Antrag aus Erfurt richten sich gegen die Aufnahme von „Öffnungsklauseln“ in Tarifverträge. Dabei bleibt offen, ob die Öffnung der Tarifverträge durch den Gesetzgeber oder durch die Tarifvertragsparteien erfolgt. Das *Handelsblatt* stellt nun hämisch fest, daß es schon eine Reihe von Tarifverträgen gerade im Osten gebe, die Öffnungsklauseln bzw. Revisionsklauseln enthalten:

„In vielen für Ostdeutschland gelgenden Tarifverträgen gibt es bereits Klauseln, die eine betriebliche oder tarifvertragliche Korrektur möglich machen: Die Metallverträge enthalten z. B. eine Revisionsklausel, die es ab 1993 ermöglicht, bei ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung einzelne Stufen der Lohnangleichung zu verschieben oder abzudämpfen. Solche Revisionsklauseln sind auch in der Bekleidungs-, Textil- und Glasindustrie vereinbart worden und werden dort auch angewendet. Einige Branchen, z. B. Druckindustrie, Einzelhandel, Groß- und Außenhandel, arbeiten mit Mittelstands- und Kleinbetriebsklauseln, um Ausnahmen vom Tarifvertrag zu schaffen. In wieder anderen Tarifbereichen, z. B. bei der Chemie, gibt es keine längerfristigen Tarifvereinbarungen, hier wird Jahr für Jahr verhandelt, hier regiert also sozusagen die Öffnungsklausel der kurzen Laufzeit.“ (1)

In all diesen Fällen dürfte es sich jedoch ausnahmslos um *tarifliche* Abmachungen handeln, also um tariflich sanktionierte Sonderregelungen, um tariflich befristete, beschränkte, eingegrenzte Regelungen oder um bedingte Revisionsklauseln, die *tarifliche* Neuverhandlungen vorsehen. Die Intention der Antragsteller aus Erfurt und Suhl liegt jedoch darin, solche Öffnungsklauseln auszuschließen, „die den Geschäftsleitungen und Betriebsräten per Betriebsvereinbarung ein Unterlaufen des Tarifvertrages erlauben.“ Diese simple Festlegung kann ziemlich wichtig werden, da in der herausziehenden Krise die IG

Der „Solidarpakt“ der Bundesregierung: Öffnung der Tarifverträge

Metal zu erheblichen Kompromissen, unter Umständen sogar zu einschneidenden Verträgen gezwungen sein könnte. Wenn der Gewerkschaftstag sich dem Antrag aus Suhl anschließt, wäre eine ziemlich klare Grenze gezogen: Betriebliche Abmachungen, die den Tarifvertrag unterlaufen — also tarifvertragliche Öffnungsklauseln —, dürfen von der Gewerkschaft nicht vereinbart werden. Das Prinzip der Tarifvertragsparteien und die Regelungssperre des Betriebsverfassungsgesetzes für Betriebsräte, in Betriebsvereinbarungen Inhalte aufzunehmen, die üblicherweise in Tarifverträgen geregelt werden, blieben anerkannt.

Gesamtmetall: Revisionsklauseln nutzen

Nun gibt sich ausgerechnet Gottschol von Gesamtmetall „moderat“ und betont, man wolle gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie vermeiden zugunsten von freiwilligen Übereinkünften. Und Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner spricht gar nicht von Öffnungsklauseln, sondern will „lediglich“ die in den Tarifverträgen Ost vereinbarten Revisionsklauseln in Anspruch nehmen. „Es sollte bei gutem Willen aller Beteiligten unter diesen Umständen möglich sein, den ostdeutschen Arbeitnehmer davon zu überzeugen, in den nächsten Jahren ein langsameres Tempo der Lohnangleichung zu akzeptieren, wenn er damit die Chance wesentlich vergrößert, seine Beschäftigung zu sichern.“ (3)

Diese Position von Gesamtmetall ist berechnend. Zum einen hat Gesamtmetall tatsächlich eine Revisionsmöglichkeit für die ostdeutschen Tarifverträge, die erst einmal auszuschöpfen wäre, zum anderen hat Gesamtmetall für die westdeutschen Tarifbezirke diesen ungünstigen 3 %-Abschluß für 1993 in der Tasche — ohne Revisionsklausel für die Gewerkschaft. Würde der Verband von Gesamtmetall sich jetzt lauthals für eine gesetzliche Auflenkraftsetzung der Tarifverträge stark machen, würde er riskieren, die Vertragstreue der IG Metall überzustapazieren. Die IG Metall könnte ihrerseits sich nicht mehr an das 92/93er Lohnabkommen gehalten fühlen.

Auch im Punkt einer Revision der ostdeutschen Tarifverträge nimmt die IG Metall deutlich Stellung. Der Beirat der IG Metall, das höchste beschlußfassende Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, lehnte auf seiner Sitzung im September eine Revision des Tarifvertrages in Ostdeutschland strikt ab. „Der Tarifvertrag bleibt so, wie er ist“, lautet der Orginalton Steinkuhlers vor west- und ostdeutschen Beiratsmitgliedern. Wahrscheinlich kann die IG Metall gar nicht anders, als an dem Vertrag bedingungslos festzuhalten. Die gewerkschaftliche Organisierung in den ostdeutschen Bezirken würde kippen, wenn die IG Metall die mit dem Tarifvertrag gemachten Zusagen brechen würde. Das Elend würde sich vergrößern, da die Zahlungen von Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld an das Tarifniveau gekoppelt sind. Die Lohnkonkurrenz Ost-West würde sich verschärfen. Man höre nur die Präsidentin der Treuhandanstalt, die nun eine „aggressive Unternehmenspolitik der Treuhand-Betriebe“ fordert. Mit „Kampfpreisen“ wolle die Treuhand ihren Unternehmen in Zukunft Zutritt zu westeuropäischen Märkten verschaffen. Ausdrücklich wird der ostdeutsche Maschinenbau in diesem Zusammenhang genannt. (3) „Kampfpreise“ bedeuten Kampflöhne, was sonst!

In der zähen Auseinandersetzung um den Bundesmontagetarif muß die IG Metall zur Zeit um einheitliche Erschwerungsmaßnahmen, Kilometergeldpauschalen und Auslösersätze kämpfen. Die IG Metall kann nicht unterschiedliche Auslösersätze für Ost- und Westmonteure auf der gleichen Baustelle unterschreiben.

Die IG Metall ist zusehends in Fronten verwickelt und muß sich schlagen! Das 93er Lohnabkommen hat ihr keinen Frieden gebracht. Die Sache wird ziemlich kritisch. Die IG Metall kann eine Revision der laufenden Tarifverträge für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie nicht einfach abweisen. Gesamtmetall hat ein starkes Argument:

Die Tarifpartner stünden jetzt „unter erheblichem Druck, die noch existierenden Betriebe durch eine Überprüfung der vereinbarten Tarifverträge vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.“ (3) Vor allem hat Gesamtmetall offensichtlich vertragliche Möglichkeiten. So lautet die Revisionsklausel z. B. für den Metalltarifvertrag Sachsen:

„Die Tarifvertragsparteien werden, wenn eine von ihnen dies wünscht, jederzeit vom 1. Januar 1993 an in Verhandlungen darüber eintreten, ob die getroffenen Vereinbarungen durchführbar sind oder angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern angepaßt werden müssen. Die Tarifvertragsparteien werden sich um eine einvernehmliche Beurteilung bemühen und mit dem Ziel verhandeln, gegebenenfalls eine abweichende Vereinbarung einvernehmlich zu treffen. Sollte eine Einigung nicht möglich sein und eine Partei dies der anderen gegenüber ausdrücklich erklären, so wird durch Abgabe dieser Erklärung unter beiderseitigem Einlassungswang ein Schlichtungsverfahren analog der Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung vom 1. Januar 1980 eingeleitet.“ (4)

Engelen-Kefer, unsere Liebhaberin des Arbeitsmarktes, hebt sich damit zwar von der Hardliner-Position des

runungen seien zunächst auf sechs Monate zu befristen. Eine Verlängerung solle der Zustimmung der Gewerkschaft bedürfen. Die durch die Lohnabweichung verursachten Einkommensausfälle für die Arbeitnehmer sollen nach dem Vorschlag Thieres zur Hälfte bis zu zwei Dritteln durch Ausgleichszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit gemildert werden, die dem Kurzarbeitergeld nachgebildet werden sollen. Die Zulage, die immer noch billiger als Arbeitslosengeld sei, solle durch eine neue Arbeitsmarktabgabe der Beamten, Freiberufler und Selbständigen finanziert werden, schlug der Sozialdemokrat vor ... Die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Ursula Engelen-Kefer, nahm den Thierstorff mit der Bemerkung auf, Tarif-Öffnungsklauseln vor allem in Ostdeutschland seien „kein Schlachten einer heiligen Kuh“. Sie betonte aber, daß solche Öffnungsklauseln von den Tarifpartnern zu vereinbaren seien und nicht etwa, wie es die Bonner Koalition plant, vom Gesetzgeber vorgeschrieben werden dürfen.“ (5)

Würde man also die Regelungssperre für Betriebsräte aufheben und die Betriebsräte in den Rang einer Tarifpartei heben, würde zwangsläufig die Möglichkeit der Betriebsräte zum Arbeitskampf ins Blickfeld rücken und die Pflicht der Betriebsräte zu partnerschaftlichem Verhalten untergraben.

Die Gegenseite — die Regierung, die bürgerlichen Parteien und die Unternehmerverbände — wägen noch die Risiken



Warnstreik der IG Metall für einen neuen Bundesmontagetarifvertrag in Essen. In den Verhandlungen seit Mitte 1991 versucht Gesamtmetall dauerhaft unterschiedliche Regelungen in Ost und West für die besonderen Montagebedingungen durchzusetzen.

Gewöhnlich bemerkt das *Handelsblatt*: „Dieser Tatbestand einer Revision ist jetzt gegeben. Die IG Metall begeht keinen Vertragsbruch gegenüber ihren Mitgliedern in Ostdeutschland, wenn sie sich auf das Verfahren mit der Absicht einer Einigung einläßt. Dies wäre auch im Interesse der Tarifautonomie besser, als wenn der Gesetzgeber durch Öffnungsklauseln die Anpassung der Ostlöhne erzwingen würde ...“ (3)

Diese unverhohlene Drohung ist ernst zu nehmen und schwächt jetzt über dem Gewerkschaftstag der IG Metall. Am 2. November will der Vorstand von Gesamtmetall entscheiden, ob er die Revisionsklauseln in den ostdeutschen Tarifverträgen in Anspruch nehmen wird. Was legt man der IG Metall nahe? Sie könnte einer Schlichtung, die die ostdeutschen Tarifverträge generell verschlechtert, entgehen, indem sie sich auf eine Öffnung der Verträge bei speziellen Betrieben einläßt ...

Schützenhilfe aus der SPD?

Zusätzlich unter Druck kommt die IG Metall durch den Vorstoß des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Thierse nach untertariflicher Bezahlung: „Thierse schlug für die Fälle, in denen Gewerkschaften ‚dem Druck von Betriebsräten‘ auf niedrigere Löhne nicht standhalten könnten, vor, daß die Gewerkschaften Öffnungsklauseln in ostdeutschen Tarifverträgen akzeptieren. Diese sollten eine Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze durch Betriebsvereinbarung erlauben. Solche Vereinba-

rdi ab, aber wo ist der Unterschied zur Position Gesamtmetalls? Der BDI-Präsident und FDP- und CDU-Kreise (z. B. Schäuble) wollen die Auflenkraftsetzung von Tarifverträgen während ihrer Laufzeit durch Gesetz, indem sie die im Tarifvertragsgesetz vorgeschriebene Nachwirkung von Tarifverträgen bei Austritt aus dem Arbeitgeberverband aufheben wollen. Nicht nur die IG Metall, auch Teile des bürgerlichen Lagers kritisieren diese Linie, weil sie den Austritt des tarifflüchtigen Kapitalisten aus dem Arbeitgeberverband zur Voraussetzung hat. Diese Tarifflucht sei bei der Zeit gültigen Rechtslage mit hohen Risiken für den Arbeitgeber verbunden.

Der flüchtige Arbeitgeber dürfte nach Betriebsverfassungsgesetz nicht einfach mit dem Betriebsrat Abmachungen treffen, die üblicherweise durch Tarifvertrag geregelt sind. Er könnte von der Gewerkschaft, der er nun ohne die Rückendeckung seines Verbandes gegenüberstehe, zum Abschluß eines für ihn noch ungünstigeren FirmenTarifvertrages gezwungen werden. Er hätte überhaupt nur eine Chance, wenn die Gewerkschaft im betreffenden Betrieb sehr schlecht repräsentiert sei etc. Natürlich sieht man bzw. rechnet man mit einer entsprechenden Interessenspalzung zwischen Gewerkschaft und Betriebsrat als Ansatzpunkt für eine solche Politik.

Betriebsräte als Tarifpartei?

Aber auch wenn die entsprechenden Hindernisse im Arbeitsrecht beseitigt würden, ergäbe sich ein schwerwiegen-

des Handelns ab und scheinen auch noch nicht vereinheitlicht. Das mag den Gewerkschaften noch etwas Luft verschaffen, aber nicht viel. Denn die Wirtschaftskrise — vor allem im Osten — schafft Fakten, auf deren Wirkung die Gegenseite allemal spekuliert:

„Auf der anderen Seite müssen die Tarifvertragsparteien in Ostdeutschland aber mittlerweile damit rechnen, daß die Tarifverträge einfach unterlaufen werden, daß ihre Unabdingbarkeit mißachtet wird, daß also das Tarifvertragswesen überhaupt erodiert und damit auch die Funktion der Gewerkschaften zu grunde geht. Es würde somit der Repräsentabilität des Tarifrechts und der Koalitionen dienen, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften selbst statt des Gesetzgebers eine Lösung der tariflichen Differenzierung finden.“ (5)

Es ist noch nicht absehbar, wie der Gewerkschaftstag auf die Problematik reagiert. Interessant wird sein, wie die ostdeutschen Delegierten die Sache sehen. Jedenfalls wird es nicht ausreichen, wenn sich die IG Metall einmauert in ihre bisherigen Positionen. Ein Stich wird nur zu machen sein, wenn die IG Metall ihrerseits mit einem positiven Modell differenzierter Tarifpolitik kontrahiert, das sich nicht an Hierarchie und Profit orientiert, sondern an solidarischem Arbeiten und (Über-)Lebenssicherung.

Quellen: (1) *Handelsblatt*, 29.9.1992; (2) Anträge und Entschlüsse zum 17. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 10. bis 17. Oktober 1992 in Hamburg, Sonderdruck zu *metall* 16/92; (3) *HB*, 1. 10.; (4) *HB*, 28.9.; (5) *HB*, 15.9. — (pef).

A m 12. September dieses Jahres haben Angehörige der Polizei und Streitkräfte der Fujimori-Diktatur in Lima Dr. Abimael Guzmán Reynoso, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Perus (PCP), von der Presse Sendero Luminoso genannt, festgenommen. Die peruanische sowie die internationale reaktionäre Presse haben das Ereignis mit großem Jubel aufgenommen und bezeichnen es als den Anfang vom Ende der PCP. Aber in ihren Artikeln kann die Reaktion weder die Kraft noch die politische Entwicklung der um die PCP organisierten revolutionären Massen verdecken, noch die extreme Ungerechtigkeit und Ausbeutung leugnen, welche sie zur Rebellion führen.

Der 57jährige Dr. Abimael Guzmán Reynoso ist als Vorsitzender Gonzalo der höchste Führer der PCP und zugleich Vorsitzender des Komitees zur Organisation der Volksrepublik Peru, deren Aufbau bereits begonnen hat, inmitten des Volkskrieges, in den Stützpunktgebieten und den Gebieten, wo die PCP einen starken Einfluß ausübt (ca. 50 % des Landes), sowie in einigen Fabrik- und Armenvierteln von Lima. Die außerordentliche politische Resonanz der Gefangennahme des Vorsitzenden Gonzalo beruht zweifellos auf der großen Bedeutung, die der Volkskrieg in Peru sowie auf internationaler Ebene erungen hat: Seit zwölf Jahren werden in Peru die jahrhundertealten Machstrukturen und Ausbeutungsverhältnisse zerstört, die Macht der Großgrundbesitzer und der mit dem Imperialismus alliierten Großbourgeoisie Schritt für Schritt abgebaut. Das bedeutet den Zerfall des peruanischen Staates, der gerade die tiefste Krise seiner Geschichte erlebt. Und für die Unterdrückten hat dies eine noch größere Bedeutung: noch nie gelang einer politischen Organisation eine solch breite revolutionäre Mobilisierung der Massen; Arme und Analphabeten, indische Bauern, revolutionäre Arbeiter, Intellektuelle etc. sind in eine komplexe und effiziente Organisation eingebunden, die eine solide politische und organisatorische Einheit besitzt. Auf internationaler Ebene kommt dem Volkskrieg in dieser Zeit der allgemeinen konterrevolutionären Offensive des Imperialismus und des Revisionismus eine große Bedeutung zu als schlagender Beweis dafür, daß der revolutionäre Marxismus nicht tot ist, wie gerne behauptet wird, sondern sehr lebendig und sich im Geiste bester Gesundheit erfreut und wichtige Siege erringt. Außerdem sind die Rebellion und der revolutionäre Aufschwung der ausgebeuteten Massen in Peru ein leicht zu befolgendes Beispiel für andere Völker auf dem explosiven la-

Führer der Kommunistischen Partei Perus festgenommen

teinamerikanischen Kontinent. Das alarmiert natürlich die Imperialisten.

Der wichtigste Beitrag des Vorsitzenden Gonzalo ist auf ideologisch-politischem Gebiet, das Herz und die Seele der PCP. Seit Mitte der 60er Jahre hat der Vorsitzende Gonzalo den Wiederaufbau und die Neustrukturierung der Kommunistischen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus-Mao-Tsetung-Ideen angeführt. Die Kommunistische Partei war 1928 von J. C. Mariátegui gegründet worden und nach seinem Tode in die Hände einer revisionistischen Clique gefallen, welche sie in ein bürokratisches Gehäuse umwandte. Der Vorsitzende Gonzalo hat daher den Revisionismus konsequent auf allen Gebieten bekämpft, hat aufgezeigt, wie er funktioniert, was für Formen er annehmen und wie er systematisch bekämpft werden kann; er hat zu einem tieferen Verständnis des bürokratischen Kapitalismus beigetragen und die Gesetzmäßigkeiten dieser besonderen Form des Kapitalismus, welche vom Imperialismus vor allem in den Ländern der Dritten Welt geschaffen wird, besser herausgearbeitet. Er hat die militärische Strategie des Proletariats, den Volkskrieg, auf die peruanische Wirklichkeit angewendet, und so wurde in zwölf Jahren eine starke Partisanenarmee des Volkes, ein Neuer Staat aufgebaut, im Volkskrieg die Etappe des strategischen Gleichgewichts erreicht und zur Zeit wird an der Eroberung der Macht im ganzen Land gearbeitet. Auf internationaler Ebene hat sich der Vorsitzende Gonzalo um die Verteidigung des Maoismus als dritte und übergeordnete Etappe des Marxismus verdient gemacht; seine Anwendung des Marxismus-Leninismus-Maoismus auf die peruanische Realität hat die Schaffung der Gonzalo-Ideen, wie sie die PCP nennt, zur Folge gehabt.

Repression und ideologischer Krieg

Der Diktator Fujimori hat die reaktionäre Politik des Massenmordes, des Genozids an unbewaffneten Bauern und wehrlosen Dörfern weitergeführt und sogar verschärft; es reicht der bloße Verdacht der Beteiligung an den von der PCP ge-

schaftenen Volkskomitees schon für blutige Repressalien aus. Seit seinem Amtsantritt liegen bereits 708 Anzeigen vor, in welchen das Militär für das Verschwindenlassen von Häftlingen, vor allem im Hochland und im Urwald, wo das Militär die absolute Macht hat, verantwortlich gemacht wird. Auch hat Fujimori insbesondere die militärische Intervention des USA unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung verstärkt. Es wurde die Bildung von konterrevolutionären Banden in ländlichen Gebieten gefördert, und die Reaktion versucht sogar, ähnliches in den Städten zu organisieren mit Hilfe der revisionistischen Parteien und der Kirche; das ist die imperialistische antisubversive Strategie. Aber seine Pläne gehen nicht auf, denn die Reaktion erleidet eine militärische Niederlage nach der anderen, während der Volkskrieg sich mehr und mehr entfaltet.

Die bewaffneten Streiks (militärische Massenaktionen, die der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes in den Städten dienen) dieses Jahres haben die angeblich mangelnde Unterstützung der PCP durch das Volk, von der immer wieder die Rede ist, Lügen gestraft und im Gegenteil den großen Einfluß der PCP innerhalb des Proletariats, der Bevölkerung von Armenvierteln, Angestellten, Studenten u.a. eindeutig unter Beweis gestellt. Seit dem 23. September dieses Jahres untersucht eine Kommission des amerikanischen Senats den Fall Peru unter Dringlichkeitsvorzeichen, bereitet neue Interventionspläne vor, und das in einem schwierigen Wahljahr.

Seit dem Putsch vom 5. April befindet sich die ganze politische Macht in den Händen Fujimoris; er hat alle demokratischen Institutionen aufgelöst, sowohl die revisionistischen als auch die rechten Parteien spielen keinerlei politische Rolle mehr. Über 70 % der peruanischen Bevölkerung lebt in extremer Armut, und die gegenwärtige Rezession versetzt der peruanischen Wirtschaft den Todesstoß. Außerdem nutzt Fujimori die Gelegenheit jetzt, um sich zu legitimieren und sich als die Personifizierung des Volkswillens darzustellen. Er hat für den 22. November Wahlen für eine „Demokratische“ Verfassunggebende Versammlung angesetzt, an der nach einem falschen „Dialog“ mit den Parteien, die im Parlament vertreten waren, nur noch Opportunisten und Unterneh-

mer (76 unabhängige Gruppen und 18 Parteien) teilnehmen werden, allesamt Gruppen, die daran interessiert sind, die Diktatur Fujimoris zu legitimieren.

Anlässlich der Festnahme des Vorsitzenden Gonzalo haben die Diktatur und die reaktionäre Presse eine propagandistische Kampagne gestartet, um die revolutionären Massen zu demoralisieren. Sie stellen das Ereignis als Anfang vom Ende der PCP dar und erfinden massive Desertionen der Guerilleros. Fujimori hat die totale Kontrolle über den Rechtsapparat und versucht nun die Todesstrafe wieder einzuführen, um den Vorsitzenden Gonzalo „legal“ hinrichten zu können.

Gleichzeitig hat die Regierung eine neue Verhaftungswelle gestartet, bei der sie sich auf militante Mitglieder anderer Parteien konzentriert und sie zu Terroristen erklärt; das dient einem doppelten Zweck: einerseits kann das als ein „Schlag gegen die Guerilla“ verzeichnet werden, und andererseits können damit unliebsame Gegner der Kandidatur Fujimoris bei den nächsten Wahlen bestraft werden.

Auf sie wird das neue Antiterrorismusgesetz Anwendung finden, bei welchem schon vor dem Prozeß das spätere Urteil gegen sie feststeht. Sie haben kein Recht auf einen Verteidiger und kein Recht auf Überprüfung der Anschuldigungen gegen sie.

Auf internationaler Ebene hat der Diktator Fujimori eine diplomatische Offensive für die Anerkennung seines Amtes durch andere Regierungen gestartet; die Tausenden von Opfern, die von den Streitkräften ermordet wurden, lastet er allein der Guerilla an.

Viele der wegen politischer Morde angeklagten Militärs wurden nicht nur amnestiert, sondern auch noch befördert und sogar zur Fortbildung ins Ausland geschickt; so z. B. General Valdivia, der für den Massenmord im Dorf Cayara verantwortlich war. Mit der Verurteilung des Vorsitzenden Gonzalo als Verantwortlicher für die 30 000 Toten in Peru würden somit die Militärs reingewaschen, am Ende wieder mit weißen Westen dastehen und ihre Verbrechen ungestraft bleiben. Der peruanische Innenminister und der Justizminister befinden sich auf einer Tour durch Europa, um die Regierungen zu Maßnahmen gegen die Personen und Organisationen zu bewegen, die über die PCP und den Volks-

krieg in Peru berichten. Die Regierung hat eine Liste mit angeblichen Kollaborateuren der PCP in Europa veröffentlicht, — und, Welch Wunder — die meisten Personen gehören Menschenrechtsorganisationen an, welche die Verbrechen der peruanischen Regierung verurteilt haben.

Außerdem sind die Minister auf der Suche nach neuer militärischer und finanzieller Hilfe, damit der Krieg fortgesetzt werden kann. Es sei hier bloß daran erinnert, daß zum Beispiel die deutsche Regierung im Jahre 1989 acht Kampfhubschrauber (MBB) nach Peru geschickt hat: sechs BO-105 und zwei BK-117, die im antisubversiven Kampf eingesetzt wurden.

Die Bedeutung, welche das Ereignis der Festnahme innerhalb des weltweiten ideologischen Krieges gegen den Marxismus hat, ist auch an der sprachlichen Aggressivität der Formulierungen zu erkennen, die sich auf den Vorsitzenden Gonzalo beziehen, Formulierungen, gekennzeichnet durch unkontrollierte, hemmungslose Emotionalität und Unschärfe der Argumentation. Nachdem der Vorsitzende Gonzalo mit großem theatralischem Aufwand in einem Käfig der Presse vorgeführt worden ist, wird er jetzt in einem Stützpunkt der Kriegsmarine gefangen gehalten, bis er vor ein Kriegsgericht gestellt wird. Das ist wiederum ein Unding und zeigt die Perversion des peruanischen Rechtssystems, ist ein Verstoß gegen die eigenen Gesetze. Das Militägericht ist nur für Delikte verantwortlich, die von Angehörigen der Streitkräfte in der Ausübung ihrer Funktion begangen werden. Außerdem muß man bedenken, daß in Peru ein Krieg zwischen zwei Staaten herrscht, dem alten, von den reaktionären Streitkräften verteidigten Staat und dem neuen Staat, der sich im Aufbau befindet; in dieser Situation ist das Militär Richter und Teilnehmer, d. h. Kontrahent zugleich. Der Vorsitzende Gonzalo ist nicht nur politischer Häftling, sondern auch Kriegsgefangener. Aus diesem Grunde haben verschiedene marxistische Organisationen Kampagnen gestartet, um für den Schutz und die Freilassung des Dr. Abimael Guzmán Reynoso einzutreten, sein Recht auf Leben sowie rechtliche Garantien für ihn als politischen Häftling einzufordern, was ihm nach den internationalen Abkommen auch zusteht. — (AKM)

A m 4. Oktober begannen Einheiten der KDP und der PUK in Südkurdistan einen großangelegten Angriff auf Stellungen der Kurdischen Volksbefreiungsarmee (ARGK) in Südkurdistan. Nach den letzten Nachrichten haben Barzani und Talabani mehr als 5000 Mann im Einsatz. Diese Einheiten greifen unter der Führung türkischer Offiziere, die z.T. in die Verkleidung von Peshmergas geschlüpft sind, die Stellungen der ARGK an. Die Auseinandersetzungen finden insbesondere in der Region Behdinan statt. Bei den Auseinandersetzungen kamen bisher 47 Menschen ums Leben.

Es wird berichtet, daß bei den Angriffen auf die ARGK-Lager in Haftanin auch schwere Waffen eingesetzt wurden. Die ARGK-Einheiten, die bis jetzt sich nur verteidigt haben, haben später am Abend auch einen Angriff auf die KDP gestartet. Dabei wurden 26 KDPler getötet. Auf der anderen Seite haben die KDPler die Stadt Zaxo eingekesselt und in der Stadt 20 Patrioten hingerichtet.

Der ARGK-Kommandant gab gegenüber dem Korrespondenten der Zeitung *Berxwedan* folgende Erklärung ab: „Die Angriffe der KDP werden von türkischen Offizieren geleitet. Unter den getöteten KDPler haben wir zwei türkische Offiziere identifiziert, die in Silopi (eine Stadt in dem von der Türkei besetzten Teil Kurdistans) im Dienst waren. Diese Angriffe gegen uns werden nach Direktiven des türkischen Staates unternommen. Solche Zusammenstöße dienen nicht unseren Interessen. Nur die Feinde profitieren davon. Der türkische Staat organisiert solche Angriffe, um nach den Niederlagen, die er gegen die ARGK-Einheiten erlitten hat, aufzutreten. Wenn diese Angriffe gegen uns fortgesetzt werden, dann sehen wir uns gezwungen, ein weitreichendes

Kurdistan: Söldner Talabanis und Barzanis greifen unter türkischem Kommando PKK an

Wirtschaftsembargo gegen diese Region zu verhängen.“

Der ARGK-Kommandant betonte, daß die ARGK sich bis jetzt gegenüber den verräterischen Aktivitäten der KDP und PUK geduldig verhalten habe und daß sie auf die Angriffe entsprechend antworten werde, falls diese nicht sofort unterbunden werden.

Die verletzten KDPler werden in den Krankenhäusern von Dohuzk und Zaxo behandelt. Im Krankenhaus von Zaxo befinden sich 73 Verletzte. Aus dem Kampfgebiet werden dauernd Verletzte ins Krankenhaus transportiert. Ein *Berxwedan*-Korrespondent konnte in Zaxo unter den Verletzten einen türkischen Offizier erkennen ... Bereits in den letzten Tagen war berichtet worden, daß als Peshmerga verkleidete türkische Soldaten nach Süd-Kurdistan geschickt worden sind.

Nach letzten Berichten (Stand: 6. 10., 22.00 Uhr) haben mit Beginn der Angriffe der KDPler gegen die ARGK-Einheiten in Seranis, Batufa, Zaxo und Haftanin viele Peshmerga den Kampf gegen die ARGK abgelehnt und laufen zu den ARGK-Einheiten über. Als erster ging der KDP-Kommandant Mukaddin Aziz mit seinen 17 Peshmerga zur ARGK über. Es wurde ferner berichtet, daß ungefähr 350 Peshmerga der PUK heute morgen in Haftanin zu den ARGK-Einheiten übergingen. Die Bevölkerung in Süd-Kurdistan sagt zu den Angriffen der KDP und PUK gegen die ARGK-Einheiten: „Die Türken haben sie aufgehetzt,

um die Karkars (PKK) anzugreifen. Die Karkars kämpfen für die Freiheit und wir lieben sie.“

Die Zusammenstöße verbreiten sich mit aller Heftigkeit in der Nähe von Zaxo (Kasruk, Mergasis, Haftanin, Batufa und Kanimasi) weiter. Alle Wege, die zu den Grenzen führen, werden von den PKK-Guerilleros kontrolliert. Bei einem Angriff der ARGK-Guerilleros auf KDP-Stellungen in Batufa wurden 370 Peshmerga gefangen genommen und anschließend mit Ausnahme der Verantwortlichen wieder freigelassen.

Erklärung der ERNK-Europavertretung: Wem gehört Kurdistan?

Die ERNK-Europavertretung veröffentlichte am 6. Oktober eine Erklärung zu den Angriffen von KDP und PUK auf die Stellungen der ARGK. Im folgenden Auszüge:

Nach dem Golfkrieg wurden unter Führung der USA, um mögliche Entwicklungen im Mittleren Osten zu unterbinden und insbesondere das Machtvakuum im Irak auszufüllen, die „Schnellen Eingreiftruppen“ in Kurdistan stationiert ... hat die Türkische Republik der Stationierung der „Schnellen Eingreiftruppen“ ihre Zustimmung gegeben ... Sie wollte mit Hilfe der aus dieser Politik resultierenden Vorteile auch eine Front in Süd-Kurdistan eröffnen mit dem Ziel, die nationale Befreiungsbewegung in Nord-Kurdistan zu unterdrücken ... Die Türkische Republik ... hat politische Be-

ziehungen mit den Kräften aus Südkurdistan um Talabani und Barzani aufgebaut. Heute führt die Türkische Republik Verhandlungen auf höchster Ebene mit den Kurden, die sie angeblich als Feinde betrachtet, diesmal mit Kräften wie Talabani und Barzani, die sie nach Ankara einlädt. Sie unterstützt diese Kräfte auf verschiedenen Ebenen. Als Gegenleistung erwartet sie einzige und allein die Vertreibung der PKK aus Südkurdistan, mit allen Mitteln. Nach den Verhandlungen in Ankara im letzten Monat begaben sich Talabani und Barzani nach Washington ...

... Die Zusammenstöße zwischen der PKK und den Kräften in Südkurdistan sind ein Resultat der schon lange vorbereiteten Angriffe. Die PKK ist nicht in der Position des Angreifers. Sie wehrt sich mit Recht gegen die Angriffe der Kräfte der Verräte und gegen die Kollaborateure in Südkurdistan. Sie hat sogar mehrfach veröffentlicht, daß solche Vorfälle von den Kolonialisten und Imperialisten aufgehetzt werden und Aufrufe an die Kräfte in Süd-Kurdistan gerichtet, sich nicht auf solche Pläne einzulassen. Aber diese Kräfte haben das nicht beachtet und wollten nicht hören.

Wir wiederholen es nochmal: Die PKK ist kein Freund solcher Zusammenstöße. Aber die PKK ist entschlossen, ihre Politik für die Interessen des kurdischen Volkes fortzusetzen. Sie wird sich gegenüber solchen Angriffen verteidigen. Sie führt ihren Krieg und ihre Ver-

teidigung nicht in fremden Ländern, sondern in dem Land, in dem sie sich auch die Freiheit zum Ziel gesetzt hat: in Kurdistan. Aus diesem Grund kann sie ihr eigenes Land nicht verlassen. Und sie besitzt dafür alle Möglichkeiten und die notwendige Kraft.

Der Angriff, den die KDPler am 1. Oktober in der Umgebung von Loran begannen, wurde zurückgeschlagen. Während des zweiten Angriffs der KDPler auf Behdinan mit 5000 Peshmergas gab es Zusammenstöße zwischen der ARGK und den Peshmergas, bei denen 52 Peshmergas getötet wurden und 4 Guerilleros gefallen sind. Augenzeuge bestätigten, daß die Peshmerga-Gruppen von türkischen Offizieren geleitet werden. Die Dorfbewohner in der Gegend, wo die Kämpfe stattfinden, haben sogar mitgeteilt, daß unter den getöteten Peshmergas zwei türkische Offiziere waren. Wollen diese Kräfte, die seit 40 Jahren sich mit der Unterstützung der türkischen Republik den Verrat angewöhnt haben, damit den Zerfall der türkischen Republik verhindern?

Man muß wissen, daß es die Verräte waren, die den ersten Angriff geführt haben. Man muß auch wissen, daß solche Angriffe dem Feind dienen und Ende solcher Verräte sein werden. Unser Volk muß wissen: Solche Angriffe geschehen auf Befehl der türkischen Republik. Wir rufen unser Volk zur Wachsamkeit auf. Zum Schluß fragen wir: Wer will wen aus Kurdistan weg haben? Quelle: Kurdistan-Rundbrief 21/92 — (TK)

Will De Klerk Codesa wiederbeleben?

Die rassistische Regierung De Klerk hofft anscheinend auf Möglichkeiten, die seit Mitte Mai nicht mehr bestehende „Konferenz für ein demokratisches Südafrika“ — Codesa — wiederzubeleben. Dies betreibt sie, obgleich sie in Verhandlungen mit dem PAC und dem ANC zugesagt hatte, die Vorbereitungen für ein Gremium zu unterstützen, das tatsächliche Entscheidungen über Vorbereitungen und Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung treffen kann. Die Regierung De Klerk unternimmt einen weiteren Versuch, das Ende der weißen Siedlerherrschaft hinauszögern, den der Widerstand in Südafrika/Azania blutig bezahlen muß.

De Klerk will sich demnächst mit dem Führer der Inkatha-Bewegung, Mangosuthu Buthelezi, treffen, um die Inkatha zur Rückkehr zu den Verhandlungen zu bewegen. Obwohl die Regierung angekündigt hatte, mit der Auflösung der besonders berüchtigten Spezialeinheiten 31 und 32 der Polizei einen „Beitrag zum Ende der Gewalt“ zu leisten, ist davon nichts in Sicht. Vermutlich verüben nach wie vor Polizeibanden im Bündnis mit Mitgliedern der Inkatha-Bewegung Terroranschläge auf afrikanische Zivilisten. Mehr als 60 Afrikaner sind in den Monaten August und September solchen

Terrorakten zum Opfer gefallen. Noch im Oktober will De Klerk im Rassensparlament Verfassungsänderungen durchbringen, die — nach seinen Angaben — „die Fortsetzung des Reformprozesses“ ermöglichen sollen. Über welche Verfassungsänderungen außer der Ablösung dieser Verfassung durch eine demokratisch legitimierte Verfassung sollte das Parlament überhaupt noch beraten? Aber davon ist nicht die Rede. Zuvor soll die Nationale Partei (NP) über das Wahlrecht der afrikanischen Bürger entscheiden.

Auch die Freilassung von etwa 150 politischen Gefangenen, für deren Freilassung die Befreiungsbewegung seit Jahren kämpft, versucht die Regierung mit einer Demütigung des Befreiungskampfes zu verbinden. Die politischen Gefangenen werden im Rahmen einer Amnestie für 450 Gefangene freigelassen. Diese Amnestie umfaßt z.B. auch den weißen Farmer, der 1989 zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er sieben afrikanische Landarbeiter umgebracht hat, z.T. durch Prügel. Ebenfalls wird einer der wenigen Polizisten amnestiert, der überhaupt wegen seiner brutalen und willkürlichen Vorgehensweise gegen Afrikaner verurteilt wurde. — (uld)

Embargo: Hunger droht in Jugoslawien

Am 30. Mai diesen Jahres wurde vom UN-Sicherheitsrat über die neugegründete Bundesrepublik Jugoslawien eine vollständige Wirtschaftsblockade verhängt. Nun naht der Winter, und die Folgen des Embargo werden die Bevölkerung empfindlich treffen. Anders aber als über die erwartete Hungersnot in Bosnien-Herzegowina wird über die drohende Katastrophe in der BR Jugoslawien weitestgehend geschwiegen. Wenn die Sanktionen nicht bald aufgehoben werden, steht das Land am Jahresende vor einer Hungersnot. Schon jetzt wird offiziell von über 300000 Armen gesprochen. Mit einem Durchschnittslohn von 30000 Dinar (etwa 215 DM) geht es den in Arbeit und Lohn stehenden Menschen aber nicht viel besser. Viele Betriebe haben ihre Tätigkeit eingestellt, bis Jahresende wird mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 1,2 Millionen gerechnet. Die Industrieproduktion ist um 40 % gefallen, und 60000 Beschäftigte sind zwangsbeurlaubt. Während die Inflation die 7000-Prozent-Marke schon überschritten hat, sank das Pro-Kopf-Sozialprodukt von 3000 Dollar vor zwei Jahren auf 550 Dollar, was Jugoslawien den armen afrikanischen Staaten gleichsetzt. — (hav)

Inzwischen müssen auch schon Menschen an den Folgen der Blockade sterben. In den Krankenhäusern fehlen die notwendigsten Medikamente. In Banja Luka erstickten Hunderte von frühgeborenen Kindern in ihren Brutkästen und 600 nierenkranken Patienten starben, weil die Blockade keine Sauerstoffflaschen und Dialyseflüssigkeit durchließ. Ein Sachbearbeiter des Eschborner Außenwirtschaftsamtes berichtete über einen gravierenden Fall in Belgrad: Eine Klinik erhielt wegen des Embargos nicht das benötigte Insulin für neugeborene Diabetis-Kinder und mußte sie sterben lassen. Private Hilfsdienste, die von der BRD aus Medikamente, Lebensmittel und andere Hilfsgütern nach Jugoslawien schicken wollen, werden dazu noch massiv behindert. Schon seit Wochen wartet ein Hilfskonvoi aus Emmendingen bei Freiburg auf Erlaubnis, um Hilfsgüter in ein Flüchtlingslager bei Novi Sad in Serbien zu transportieren. Aber eine Transporterlaubnis braucht von Emmendingen über das Außenwirtschaftsamt zum Jugoslawienauschuß des UN-Sicherheitsrats und zurück 5–6 Wochen. Lage Novi Sad in Bosnien oder Kroatien — der Transport wäre schon längst gestartet. — (alk)

Italien: Massenkämpfe gegen Finanzprogramm

Nach zwei Wochen regionaler Generalstreikstage, 200000 Teilnehmern bei einer Demonstration der Rentner am 26.9. in Rom und einem landesweiten Streik im öffentlichen Dienst und Schulwesen am 2.10. steht fest: Die Auseinandersetzung um das Finanzgesetz der Regierung Amato zur Erfüllung der EG-Vorgaben (s. Pol. Ber. 20/92) ist zur größten sozialen Auseinandersetzung seit Ende der 60er Jahre geworden. An den regionalen Streiks haben sich viele Hunderttausende, über alle Erwartungen der Gewerkschaften hinaus, beteiligt. Für die Region Emilia-Romagna mit der Hauptstadt Bologna z.B. sprechen die Gewerkschaften von einer Streikbeteiligung in den Betrieben von 90–100 %. In den größeren Städten Italiens haben überall Demonstrationen mit Zehntausenden, teilweise Hunderttausenden von Teilnehmern stattgefunden.

Die Presse berichtet, daß sich sowohl bei den Teilnehmern als auch im Erreichungsbild der Kundgebungen und Demonstrationen manches verändert hat. Viele der Demonstranten (z.B. bei der Demonstration am 2.10. in Rom Lehrer mit dem Sprechchor: „Tarifver-

trag! Tarifvertrag!“ oder Ärzte) zählen nicht zu den traditionellen Teilnehmern an gewerkschaftlichen Aktionen.

Die Gewerkschaften verstärken unter dem Eindruck der massenhaften Beteiligung ihren Widerstand gegen die Regierungspolitik. Zunächst hatten die Metallgewerkschaften aller drei Gewerkschaftsbünde, also auch die den Regierungsparteien nahestehenden, als erste einen Generalstreik in der Branche — bisher allerdings noch ohne Termin — beschlossen. Dann haben Anfang Oktober auch die Dachverbände, die im Juli noch einen Lohnstopp bis Ende 1993 unterschrieben hatten, bei dieser Entscheidung nachgezogen. Bei der Regierung des Ministerpräsidenten Amato, der die Existenz der Regierung mit dem Plan zur Einsparung von 93 Tsd. Mrd. Lire (ca. 110 Mrd. DM) verknüpft hat, zeigen die sozialen Widerstände erste Resultate. Bei der Fertigstellung des Gesetzentwurfs hat die Regierung Anfang Oktober einige Zugeständnisse auf den am heftigsten umkämpften Feldern Renten- und Krankenversicherung machen müssen. Der Entwurf geht jetzt in die spannende Parlamentsdebatte. — (rok)

Internationale Umschau



Mit einem mehrstündigen Sitzstreik auf einer der Hauptgeschäftsstraßen von Las Vegas (Bild) haben etwa 300 streikende Hotelbeschäftigte ihren Kampf gegen die Geschäftsführung des Frontier-Hotels in Las Vegas fortgesetzt. Seit über einem Jahr streiken die Lohnabhängigen des Hotels, nachdem die Geschäftsführung Verhandlungen über eine Neuregelung der Krankenkosten- und Rentenbeiträge des Unternehmens (in den USA sind mangels öfflicher Versicherungen solche Versicherungsleistungen wo irgend möglich in Tarifverträgen gesichert) abgelehnt hatte. Nach der Sitzblockade wurden 200 der Blockierer vorübergehend von der Polizei festgenommen wegen „bürgerlichem Ungehorsam“. Trotzdem werten die Streikenden die Aktion als vollen Erfolg, zumal der Verkehr an einem der geschäftreichsten Tage in Las Vegas mehrere Stunden blockiert war. — (rül, Bild: AFL-CIO)

Anti-Streikgesetz in Portugal

Im Juli verabschiedet und im September vom Verfassungsgericht gebilligt, trat in Portugal jetzt ein Gesetz in Kraft, das Einschränkungen des Streikrechts vorsieht. Bei Streiks in „wichtigen öffentlichen Sektoren“ (Personenverkehr, Energieversorgung oder Gesundheitsbereich) kann die Regierung per Dekret Beschäftigte zu Notdiensten verpflichten. Weiter müssen Streiks statt bisher 48 Stunden nun fünf Tage vorher angekündigt werden. Das Gesetz wurde von der über die absolute Mehrheit verfügenden Sozialdemokratischen Partei durchgesetzt. Die beiden großen Gewerkschaften, die kommunistische CGTP und die sozialistische UGT, lehnen das Gesetz strikt ab und wollen „Aktionen des zivilen Ungehorsams“ durchführen. *Südd. Ztg.*, 28.9. — (alk)

Demonstration gegen ungarischen Nationalismus

Wir berichteten in der letzten Ausgabe von der mehrere zehntausend Menschen umfassenden Demonstration ungarischer Nationalisten und Faschisten, angeführt vom stellvertretenden Vorsitzenden der Regierungspartei „Ungarisches Demokratisches Forum“, Csurka. Als Reaktion hierauf organisierten verschiedene ungarische Intellektuelle einen Protestmarsch gegen rechtsextreme Tendenzen, an dem fünf Tage später rund 80000 Menschen teilnahmen. Ministerpräsident Antall soll zwar parteiintern Csurka kritisieren, schwiegt aber in der Öffentlichkeit. — (alk)

Niederlande: Künftig Berufsarmee?

Mit großer Mehrheit hat sich das niederländische Parlament Ende September für die Aufhebung der Wehrpflicht und die Einführung einer Berufsarmee ausgesprochen. Auf sozialdemokratischer Seite gab es Bedenken, die linksliberalen „Demokraten '66“ sprachen sich gegen den Beschuß aus, die Grünen votierten dafür.

Die niederländische Armee besteht derzeit aus 92000 Soldaten, 28000 davon sind Wehrpflichtige, die 12 Monate Wehrpflicht ableisten. Kurz vor dem Beschuß hatte eine von der Regierung eingesetzte Kommission noch von der Aufhebung der Wehrpflicht abgeraten, u.a. aus Kostengründen. Stattdessen sollte die Armee um 20000 Mann verkleinert, die Wehrpflicht aber nur auf neun Monate verkürzt werden. Diesen Vorschlag hat das Parlament mit seinem Votum abgelehnt. Es stärkt damit den Kräften den Rücken, die die niederländische Armee noch weiter zu einer für weltweite Einsätze verwendbaren Söldnerarmee machen wollen. Schon in der Vergangenheit war die niederländische Armee verschiedentlich bei kolonialen und neokolonialen Einsätzen beteiligt. Gleichzeitig hatte sich eine gewerkschaftliche Bewegung unter den Soldaten, vor allem unter den Wehrpflichtigen, entwickelt, die auch diese Einsätze kritisierte.

Quellen: *Süddeutsche Zeitung*, 30.9., *Neue Zürcher Zeitung*, 2.10. — (rül)

Kurdistan: „PKK-Massaker“ war türkisches Militär!

Freitag vergangener Woche flammte der Bericht über die Fernsehsender, am folgenden Samstag berichteten fast alle Zeitungen: Die Kurdische Arbeiterpartei PKK habe ein neues Massaker begangen. 54 Menschen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, seien in dem Dorf Hevekdorf (Cevizdali) von PKK-Guerillas ermordet worden. Tatsächlich fielen nach Aussagen von mehreren Augenzeugen und der örtlichen ARGK-Kommandantur die Frauen und Kinder einem Überfall der türkischen Armee zum Opfer. Yildiz Kapitan, die während der Angriffe der türkischen Armee durch Geschosssplitter verletzte Frau eines Dorfes, schilderte Journalisten im staatlichen Krankenhaus von Bitlis die Ereignisse: „Die Guerilleros haben das Dorf umzingelt und die Dorfschützer mit Megafonen aufgefordert, sich zu ergeben. Die Guerilleros sagten noch, daß sie niemandem was tun werden. Der Dorfälteste Haci Salih (70) forderte die Dorfschützer ebenfalls auf, sich zu ergeben. Diese eröffneten jedoch daraufhin aus ihren Häusern das Feuer. Die Guerilleros versuchten während des Gefechts, die Frauen und Kinder vom Kampfplatz weg in Sicherheit zu bringen, und forderten die Dorfschützer wieder auf, sich zu ergeben. Die Dorfschützer schossen dessen ungeachtet weiter; später mußten sie sich ergeben. Kurz darauf erschienen türkische Soldaten, die unser Dorf von den Hügeln beim Dorf Orman aus mit drei Panzern unter Beschuß nahmen. Die Guerilleros sagten, daß wir uns auf den Boden werfen sollten. Unser Dorf verwandelte sich in einen Schauplatz des Kampfes zwischen Armee und Guerilleros. Ich habe schließlich das Bewußtsein verloren.“ Ein am Gefecht beteiligter Soldat berichtete der Tageszeitung *Ozgür Gün*: „Wir gerieten in der Nähe des Dorfes Orman in einen Hinterhalt, bei dem zehn Soldaten getötet wurden. Später gingen wir in das Dorf und nahmen das Dorf unter Beschuß.“ Die meisten Toten und Verletzten weisen Splitter von Schrapnellgeschossen auf, wie sie von der türkischen Armee benutzt werden. Es wurden 54 Personen getötet, davon zehn Dorfschützer. Unter den Toten befindet sich auch der Anführer der Dorfschützer, Kasim Paptan. 20 weitere Personen wurden verletzt. Kurdistan-Komitee, Pressemitteilungen vom 2.10. und 5.10.

Putsch oder Referendum über Teilung der CSFR?

Um die von den Regierungen der Teilrepubliken für Ende des Jahres vereinbarte Teilung des Landes rechtlich einwandfrei zu vollziehen, wäre eine Verfassungsänderung nötig, die das dafür vorgesehene Referendum abschafft. Diese Verfassungsänderung hat wegen der ablehnenden Haltung der Linksparteien im Bundesparlament am 1. Oktober nicht die nötige Dreifünftelmehrheit gefunden. Ein Referendum würde nach Meinungsumfragen keine Mehrheiten für die Teilung bringen. Wie wird es weitergehen? Der bürgerliche Ministerpräsident der Tschechei, Klaus, will eine Teilung ohne Parlamentsbeschuß; die slowakische Regierungspartei HZDS hat überraschend einer Resolution der tschechischen Linken zur Bildung einer Union zugestimmt. — (alk)



Etwa 5000 palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen sind dem Aufruf zu einem unbegrenzten Hungerstreik gefolgt. Der am 28. September im südisraelischen Gefängnis Aschkelon begonnene Streik sei in allen Gefängnissen begolgt worden, berichteten Anwälte der Häftlinge. Ziel des Hungerstreiks ist eine Verbesserung der Haftbedingungen: die Zellen sind oft überfüllt, schlechte Hygiene und Gesundheitsbedingungen herrschen und Brutalitäten der Wärter sind häufig. Nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sind 5061 Palästinenser in israelischen Gefängnissen, weitere 7065 in Lagern der Armee inhaftiert. Auch Hunderte von Familienangehörigen haben Hungerstreiks zur Unterstützung der Gefangenen begonnen. — (alk)

Frieden stiftet statt Bundeswehr in alle Welt

Stuttgart. Das Friedensnetz Baden-Württemberg organisiert gegen die „außerordentlich besorgniserregende Entwicklung“ hin zu einer Grundgesetzänderung, die Kampfeinsätze der Bundeswehr in aller Welt ermöglichen soll, am 17. 10. eine landesweite Demonstration und Kundgebung. Der Aufruf, der sich eindeutig gegen jede Beteiligung an Kampfeinsätzen und Krieg, gegen eine Änderung des Grundgesetzes ausspricht, wird von zahlreichen Organisationen, Initiativen der Friedensbewegung und Einzelpersonen unterstützt; u.a. rufen DKP, die Grünen, IG Medien, die Jusos, Naturfreunde, PDS/LL und VVN/BdA auf.

Die Demonstration wendet sich gegen die Politik Deutschlands, das „ungebrochen auf die von der Friedensbewegung schon lange kritisierte Politik der militärischen Stärke“ setzt und sich anschickt, „eine führende Rolle in einem europäischen Militärbündnis zu übernehmen und seinen internationalen Einfluß auch auf militärischem Gebiet auszudehnen.“ Stattdessen wird von der BRD eine „friedensstiftende und die Konflikte der Welt ausgleichende Politik“ verlangt, die Unterstützung humanitärer Hilfe durch die Ausstattung ziviler, humanitärer Institutionen und vor allem die Beendigung der Waffenexporte.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien sei „eine Bewährungsprobe für wirkliche Friedenspolitik“. Gegen Forderungen nach einer Militärintervention hält der Aufruf fest: „Die Anerkennungspolitik der EG hat den Krieg auf dem Balkan nicht beendet. Solange nicht die Menschen in allen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien eine reale Chance für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung erhalten, wird nationaler Haß die Oberhand vor Lösungen der Verunft und des Friedens behalten. Die Friedensbewegung setzt sich nachdrücklich ein für – humanitäre Hilfe für alle Kriegsopfer und Aufnahme der Kriegsflüchtlinge unabhängig von ihrer Herkunft oder staatlichen Zugehörigkeit; – ein strikt kontrolliertes Embargo für kriegsrelevante Güter gegen alle kriegsführenden Parteien; – Angebote für Hilfen zum Wiederaufbau und für gerechte wirtschaftliche Beziehungen bei Beendigung des Krieges für alle Teile des ehemaligen Jugoslawien; – Unterstützung der Anti-Kriegs-Kräfte im ehemaligen Jugoslawien; – Ziel aller Friedensbemühungen muß ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Nationalität und Herkunft in Europa sein. Deshalb wenden wir uns auch gegen eine Verteufelung der Serben . . .“ – (evc)

Hotels kündigten der „Deutschen Liga“

Köln. Am 3. Oktober sollte der Bundeskongress der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ in Köln stattfinden. Bewußt hatte man diesen Tag gewählt und wollte auch das einjährige Bestehen feiern. Es bildete sich ein breites Aktionsbündnis von ca. 30 Organisationen gegen dieses Vorhaben, an dem sich ganz unterschiedliche Kräfte beteiligten, Christen, Grüne, Sozialisten, Autonome und Gewerkschafter. Das Antifaschistische Forum wandte sich an den Oberbürgermeister und wies ihn darauf hin, daß die Deutsche Liga städtische Gelder für die Durchführung dieser Versammlung mißbraucht. Der Ratsfraktion wurde dann das Faxgerät abgeklemmt und ein Telefonanschluß blockiert.

Anfang der Woche wurde bekannt, daß die Hotels Holiday Inn und Maritim der Liga Räumlichkeiten vermietet hatten. Die Hoteldirektoren fielen aus allen Wolken, als ihnen klar wurde, um was für Kunden es sich da handelte. Sie kündigten die Verträge, die Liga klagte, aber verlor im Fall des Holiday Inn beide Instanzen, beim Maritim verzichtete sie auf Widerspruch. Entscheidend war, daß die Liga ihre Vertragspartner über den tatsächlichen Inhalt der Veranstaltung getäuscht hatte.

Am 3. Oktober versammelten sich ca. 2000 Antifaschistinnen und Antifaschisten auf dem Alter Markt, wo zunächst eine Kundgebung und eine kurze Demonstration stattfand, um abzuwarten, ob die Deutsche Liga inzwischen einen anderen Veranstaltungsort gefunden hatte. Um 12 Uhr traf die Nachricht ein, daß die Liga sich in einem dörflichen Vorort von Köln, in Weiß, in einer Gaststätte versammelt habe. 1000 Kundgebungsteilnehmer folgten dem Aufruf, nach Weiß zu fahren und vor Ort zu demonstrieren.

So etwas hatte Weiß wahrscheinlich

noch nicht erlebt. Die Straße, in der sich die Gaststätte befand, war von Polizei an beiden Seiten abriegelt. Anwohner, die raus oder rein wollten, mußten sich ausweisen und durchsuchen lassen. Als die Demonstration eintraf, waren zwar schon etliche Mitglieder der Liga im Saal, aber es trafen auch den ganzen Nachmittag über noch welche ein, denen der Zugang verwehrt werden konnte. RTL berichtete, daß etliche Bundesvorstandsmitglieder nicht in den Saal gekommen sind, ein Bus aufgehalten wurde, ein Mercedes-Fahrer vergeblich versuchte, die Blockade gewaltsam zu durchbrechen. Bei einer kurzen Rangelei mit der Polizei wurde ein Demonstrant verhaftet, ansonsten verlief die Aktion sehr diszipliniert, die Reihen wurden geschlossen gehalten, so daß kein Faschist durchkam.

Es war klar, daß die Deutsche Liga auf ihrem Parteitag ihre weitere Hetz- und Gewaltkampagne gegen Ausländer und Flüchtlinge koordinieren und forcieren wollte. M. Rouhs schrieb in der September-Ausgabe von „Europa vorn“: „Es gibt kein Zurück mehr zum politischen Wettbewerb ohne Straßenkämpfe und Schlägerei.“ Trotzdem wurde die Versammlung nicht verboten, sondern mit mehreren Hundertschaften Polizei geschützt, Tausende von Steuergeldern dafür ausgegeben, die Antifaschisten in Schach zu halten. Die Polizei wußte bereits am Vorabend den Versammlungsort. Trotzdem wurde z.B. nicht der Bezirksvorsteher von Weiß benachrichtigt, der sonst mit dem Wirt des Saales gesprochen hätte und von ihm eine Kündigung verlangt hätte. Am Sonntag nach der Aktion befaßte sich auch der katholische Pfarrer in Weiß mit dem Vorfall, nannte in seiner Predigt den Namen des Wirtes und bedankte sich bei den Gegen-demonstranten. – (u.b., jöd)

Elend und Armut bei Frauen nimmt einschneidend zu

Karlsruhe. Der Kreisverband der Caritas hat auf die Folgen der Armut bei Frauen hingewiesen. Es fehlt am lebensnotwendigsten wie Essen und Wohnung. Bei zwei Dritteln der schwangeren Frauen, die Beratungsstellen aufsuchen, ist die Wohnungsfrage ein fast nicht zu lösendes Problem. Alleinerziehende Frauen können Ausgaben wie einen Schulausflug oder neue Turnschuhe für die Kinder nicht mehr finanzieren. Viele schwangere Frauen bitten um finanzielle Unterstützung, sie können sich kein frisches Obst oder Gemüse leisten. Weiter wird die Behandlung von Frauen durch die Behörden kritisiert: Oft werde die Würde der Frauen nicht gewahrt. Die Mitarbeiter der Sozialämter seien überfordert, männliche Sachbearbeiter zeigten zum Teil mangelndes Verständnis für Frauenbelange und -not. — (map)

Stadt Lüneburg weist Asylbewerber ab

Lüneburg. Mit der Begründung, bei weiterem „unkontrolliertem Zugang“ von Flüchtlingen drohten „Rostocker Verhältnisse“, erklärte OStD Faulhaber, die Stadt werde ab September keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, die sich in Lüneburg als Asylbewerber anmelden. Die Begründung schiebt den Flüchtlingen die Schuld zu und die Faschisten können sich die Hände reiben. Die Landesregierung hat die Abweisung sogenannter Direkt-Asylbewerber als rechtswidrig zurückgewiesen. Lüneburg schließt sich damit der Kampagne einer ganzen Reihe niedersächsischer Kommunen an, u.a. Wolfsburg, Salzgitter, Hildesheim, Braunschweig, die darauf abzielt, das Grundgesetz in der Praxis

außer Kraft zu setzen und die rot-grüne Landesregierung mit Schröder/Trittin unter Druck zu bringen. Sie ist vielen wegen ihrer immer noch verhältnismäßig humanen Flüchtlingspolitik und als Hindernis gegen die Beseitigung des Asylrechts ein Dorn im Auge. — (ulb)

Gegen Nationalismus und Rassismus

Heilbronn. An Mahnwachen vor den beiden Flüchtlingslagern in Heilbronn beteiligten sich in der Nacht vom 2. auf den 3. 10. insgesamt etwa 300 Menschen. Am 3. 10. demonstrierten über 500 vom Gewerkschaftshaus aus mit einer Zwischenkundgebung vor einem Nazi-Treffpunkt gegen Nationalismus und Rassismus. Diese Beteiligungen sind für unsere Verhältnisse erfreulich gut. Die Polizei erweckte den Eindruck, in dieser Nacht keine Fascho-Aktionen zu wollen. Aufgerufen hatte das Heilbronner Antifaschistische Bündnis. Im Aufruf hieß es: „Wir brauchen kein Deutschland . . . Kein Oben und kein Unten . . . Gleiche Rechte, für alle, die in Deutschland leben.“ — (bes)

„Vertriebene“ setzen auf „Europa im Wandel“

Lüneburg. Ohne jegliche öffentliche Kritik trat Landrat Schurteil (SPD) am Wochenende 19./20. September in Wellenkamps Hotel auf dem sog. „Graudenz-Vertriebenentreffen“ zusammen mit dem Hauptredner, dem bekannten Republikaner Prof. Emil Schlee, auf. Prof. Schlee wurde in der LZ verschämt als „Europaparlamentarier“ vorgestellt, ohne dem Publikum die geistige Heimat mitzuteilen.

Prof. Schlee trat denn auch völlig unverblümt revanchistisch für die deutsche Abschiebung. — (scc)

Annexion polnischen Territoriums zu. Die Frage sei „völlig offen“, ob Deutschlands angeblicher Osten immer Polens Westen bleibe. Die Geschichte sei umkehrbar. Der Referent setzt auf Europa. Denn Europa sei im Wandel. Er sieht den Anfang neuer, in ihren Auswirkungen nicht absehbare Entwicklungen gemacht.

Die Neonazis verfolgen ihre revanchistischen Ziele offensichtlich zunehmend im Rahmen des von der Bundesrepublik maßgeblich bestimmten Aufbaus der Großmacht Europa. Landrat Schurteil ging in seiner Begrüßung in die selbe Richtung: Die Orientierung nach Oste sei wichtig auf dem Weg zu einem Europa ohne Grenzen. Er stellte den „Graudenz“ eine Patenschaft mit einer Samtgemeinde des Landkreises in Aussicht. Solche Patenschaften dienen schon heute vielfach zur Entwicklung deutscher Vorherrschaft in Polen, indem über sie deutsche Schulen, Sender, Bildungszentren u.v.m. eingerichtet werden. — (thr)

Innenbehörde forciert Abschiebung von Kurden

Hamburg. Am 10. September hat der Senat den erst im März, nach dem Blutbad der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung am Newrozfest, beschlossenen Abschiebestopp für Kurden aufgehoben. Mindestens zehn Fälle wurden in den letzten Wochen bekannt, in denen kurdische Flüchtlinge nichtsahnend zur Ausländerbehörde gegangen, dort gleich festgenommen und in Abschiebefahrt verbracht wurden. Mindestens fünf Kurden wurden bereits abgeschoben, trotz drohender Folter, Gefängnis- und Todesstrafen. GEW, IG Medien und dju protestieren gegen die Abschiebungen. — (scc)

Gelsenkirchen. In den letzten Wochen wurde der jüdische Friedhof in Gelsenkirchen durch noch nicht ermittelte Neofaschisten geschändet, indem faschistische Parolen und Hakenkreuze geschmiert und Grabsteine umgeworfen worden sind. Die Verwendung von Schablonen beim Malen der Hakenkreuze läßt auf gezielte Vorbereitung schließen. — (tja)

Rep-Landesparteitag in Konstanz Bündnis ruft zu Demonstration auf

Konstanz. Am 11. Oktober findet der Landesparteitag der Republikaner in Konstanz im städtischen Konzil statt. Der Pächter des Veranstaltungsortes wurde nach einer Intervention der Stadt bzw. des Oberbürgermeisters von dem mit den Republikanern geschlossenen Vertrag zurückgetreten. Begründung: Er sei vom Kreisvorsitzenden der Republikaner, Niedermayr, über die Nutzung der Räume getäuscht worden. Ihm sei nicht klar gewesen, daß es sich bei der Veranstaltung um einen Landesparteitag der Rep handle. Dies, obwohl der Vertrag mit einem Stempel der Rep versehen war.

Der Anwalt des Pächters hat in einem Brief an die Stadt Stellung für die Republikaner bezogen. „Historisch und gesellschaftlich begründete Vollzüge“ seien durch „Boykott und Terror“ nicht aufzuhalten. Die Stadt habe kein Recht, die „verfassungsrechtlich legitimierte Parteiveranstaltung“ einer nicht verbotenen Partei zu untersagen. Wohl eher, weil der Pächter größere Umsatzeinbußen befürchtete, hat er einen neuen Anwalt genommen, der eine einstweilige Verfügung anstrengte, um aus dem Vertrag mit den Rep rauszukommen.

Das Landgericht hat den Antrag abgewiesen, die Rep können ins Konzil. Während der ganzen Auseinandersetzung drängte sich das Gefühl auf, daß weder die Stadt noch der Pächter ernsthaft an eine Verhinderung des Parteita-

ges gedacht haben. Auf einem Treffen der Gemeinderatsfraktionen und des OB wurde einer Vertreterin der Freien Grünen Liste die Beteiligung am Antifa-Bündnis vorgeworfen. Ein offener Brief der Aktionseinheit, in dem der OB aufgefordert wird, alles zu tun, um den Parteitag zu verhindern, blieb bisher unbeantwortet.

Trotz der Haltung der Stadt hat der Kreisvorsitzende der Rep, Niedermayr, Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den OB eingereicht, da dieser durch seine Haltung gegen den Parteitag die „Grundrechte der verfassungsrechtlich unbeanstandeten Partei auf besonders eklatante Weise verletzt.“ Niedermayr war während der ganzen Auseinandersetzung immer sehr zuversichtlich. „Ich bin völlig zuversichtlich, daß dieser Landesparteitag in Konstanz stattfinden wird.“

An den wöchentlichen Vorbereitungstreffen nahmen Alternative Linke Liste, Antifa Singen Radolfzell, Arbeitskreis Asyl, UNI-ASTA, BWK, DGB, DKP, Freie Grüne Liste, Infokneipe, Juze statt Plastic, Nicaragua-Verein, Weltladen, VSP, VVN/BdA und Volksfront teil.

Der Aufruf wird von allen bis auf DGB und UNI-ASTA unterstützt. Vom DGB war bisher keine Begründung für den Ausstieg zu erfahren. Völlig unerwartet hat diese Woche dann der Juso-ASTA der Uni seine Unterstützung unter den Demo-Aufruf zurückgezogen, mit

der vorgeschobenen Begründung, die ASTA-Vertreterin bei den Treffen sei nicht ausreichend autorisiert gewesen. Die Sozialdemokraten wollen offenbar nichts mit der Demo zu tun haben.

Der Beginn des Parteitags wurde bis zum 5. Oktober geheimgehalten, ist jetzt auf 9 Uhr angekündigt. Mit einem Plakat und einem vierseitigen Faltblatt mobilisiert die Aktionseinheit zu den Veranstaltungen und der Demonstration. Auftrittskundgebung ist um 10.30 Uhr in unmittelbarer Nähe zum „Konzil“, Alfred Hauser, Ehrenvorsitzender der VVN/BdA, Shahla Blum, fraktionslose Gemeinderätin aus Stuttgart, und ein Vertreter der Roma-Union werden auf der Auftakt- bzw. Abschlußkundgebung reden. Von den örtlichen Organisationen und vom Bündnis werden weitere Redebeiträge gehalten.

In der Woche vor dem Landesparteitag gibt es zwei Veranstaltungen von Bündnis:

Der Film „Republikaner auf Zeit“ des Journalisten M. Schomers, der bei der Rep recherchiert hat, wird gezeigt.

Anne Rieger, Landessprecherin der VVN/BdA und IG-Metall-Sekretärin, hält ein Referat zum Programm der Rep in folgenden Punkten: „Ausländerfeindlichkeit, Haltung zu den Gewerkschaften, Aussagen zur Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau, Ansichten zur Bildungspolitik und zur Wohnungsforschung.“ — (wmo)



Foto: Almut Wilms-Schröder



Hannover. Annähernd 5000 Beschäftigte der ca. 10000 Bediensteten der Stadtverwaltung Hannover demonstrierten am 22.9. zum Rathaus, um gegen die jüngsten Sparanordnungen im Personalbereich wie Einstellungsstop und Wiederbesetzungssperre (Auslaufen von Zeitverträgen) zu protestieren. — (kar, Bild: HAZ)

Kindergruppenrichtlinien sollen ausgesetzt werden

Stuttgart. Die Diskussion um das Vorhaben der Landesregierung Baden-Württemberg, wegen Sparmaßnahmen die Kindergruppenrichtlinien für zwei Jahre außer Kraft zu setzen, spitzt sich zu. Die CDU-Fraktion beschloß gegen den Willen einiger Frauen in der Fraktion, u. a. Sozialministerin Schäfer, sich für die Aussetzung auszusprechen. Dagegen wurden tausende von Unterschriften gegen diese Pläne gesammelt. Die Auswirkungen werden sein: Die Aufstockung der Kinder pro Gruppe, da die Obergrenze fällt, die Aufweichung der Fachkräfteregelung und die Aufhebung der sowieso schon geringen 2,2 qm pro Kind. Eine Aktion des Stuttgarter Gesamtelternbeirats fand bereits statt, weitere von Erzieherinnen und ÖTV werden in den nächsten Wochen folgen. Einige Erzieherinnen der Stadt Stuttgart haben jedenfalls auf einer Veranstaltung bereits beschlossen, sich im Falle der Aussetzung für eine Verweigerungskampagne einzusetzen und dies zum Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit in den nächsten Wochen zu machen: Kein Kind mehr als bisher wird in die Gruppen aufgenommen! — (unb)

Attentäter aus Kreisen der Bundeswehr?

Hannover. Nach einem zweiten Bombenanschlag in der Innenstadt von Hannover mußte die Polizei zugeben, die Öffentlichkeit seit geraumer Zeit bewußt falsch informiert zu haben, z.B. ließ sie in einer regelrechten Treibjagd drei Jugendliche per Steckbrief suchen. Seit zwei Jahren ist der Oberbürgermeister von dem Attentäter erpreßt

worden. Er verlangte außer Geld umfangreiche Waffenlieferungen und daß die Anschläge „irgendeiner Organisation in die Schuhe geschoben“ würden. Seine profumäßige Sprengstoffausrüstung ist vor kurzem in einer Gartenkolonie entdeckt worden. Es befindet sich viel Material der Bundeswehr darunter. — (rec)

Neofaschismus als Thema der Lehrerfortbildung

Oldenburg. Mitte September fand an der Uni Oldenburg eine Lehrerfortbildungsveranstaltung über den Umgang mit rechts orientierten Schülern statt. Viele Soziologen vertreten hierzu, daß es sich hier um die Folgen von sozialen und emotionalen Mängelscheinungen ohne Verbindung zur nationalsozialistischen Ideologie der Faschisten hande. Der Politologe R. Hethy vertrat hierzu die These von der ungebrochenen „Kontinuität des Faschismus“ und warnte davor, die Gefahr „zum Jugendproblem umzufunktionieren“. Die Faschisten rekrutieren ihren Nachwuchs nicht bei „durchgeknallten Jugendlichen“, sondern „aus der Mitte der Gesellschaft“. Anschließend wurde der Film „Wahrheit macht frei“ vorgeführt, der sich mit den nationalen und internationalen Verknüpfungen der Faschisten und deren Versuch eines Wiederaufbaus der NSDAP beschäftigt. Hethy empfahl Lehrern und Eltern, rechts orientierte Jugendliche möglichst von ihrem rechten Umfeld zu isolieren und genau hinzuhören und hinzusehen. Weiterhin gelte es, sich von den „Verharmlosern“ abzugrenzen, die meinen, „Bomberjäger, Kampfstiefel und dumme Sprüche“ seien nichts weiter als „vergängliche Modeerscheinungen“. — (wjo)

Heißer Herbst gegen den drohenden Bildungsnotstand

München. Am 26.9. demonstrierten in München fast 20000 Menschen gegen die Bildungspolitik der CSU-Staatsregierung. Der Sprecher des Forum Bildungspolitik in Bayern, Albert Dannhauser (BLLV), betonte, daß der gemeinsame Kampf von Schülern, Eltern und Lehrern für eine bessere Unterrichtsversorgung und für eine bessere Schule erst am Anfang stünde.

Den ganzen Sommer über und seit Schuljahresbeginn gab's soviel Kritik an einem Kultusminister in Bayern wie schon lange nicht mehr. Hans Zehetmair (CSU) Bildungspolitik, deren oberstes Ziel das Sparen von Haushaltssmitteln zu sein scheint, hat ihm den Ruf eingebracht, in der nächsten Wahlperiode als Finanzminister des Freistaates ins Kabinett zurückkehren zu wollen.

Immer mehr Kinder/Jugendliche in einer Klasse — das ist das sichtbare Zeichen dieser Politik. Statt Ort von Bildung und Erziehung wenigstens ansatzweise sein zu können, wird Schule so immer mehr zur Aufbewahr- und Drillanstalt. Das ist die eine Seite, die SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen aufbringt. Sich schlechend, aber stetig verschlechternde Arbeitsbedingungen für die im Bildungsbereich Beschäftigten — angefangen bei den ErzieherInnen im Vorschulbereich — ist die andere Seite.

Grund genug — und das ist ein Novum für Bayern — daß sich im Frühsummer ein breites Bündnis fand, das den Bildungsnotstand ausrief, dem Kultusminister einen heißen Herbst versprach und „Bedingungen für eine pädagogisch verantwortbare Unterrichtsversorgung“ zu Papier brachte. Die 16 Organisationen dieses „Forum Bildungspolitik in Bayern“ sind: BLLV, GEW, Verband Deutscher Sonderschulen, Gesamtverband Evangelischer Erzieher in Bayern, Gemeinschaft Evangelischer Erzieher, Landeselternvereinigung der Gymnasien in Bayern, Landeselternschaft der Bayerischen Realschulen, Bayerischer Elternverband, Freie Evangelische Elternvereinigung, Landesschülervertretung, Landesarbeitsgemeinschaft Waldorfschulen, Montessori Landesverband Bayern, Deutscher Kinderschutzbund, Aktion Humane Schule, Arbeitskreis Grundschule, Arbeitskreis Hauptschule. Eine Unterschriftenaktion und eine Demonstration in München wurden vorbereitet.

Das CSU-Ministerium reagierte nervös. In Schweinfurt und Nürnberg ließ es den Elternbeiräten verbieten, in Flugblättern für kleinere Klassen und Demo zu werben. Zehetmair selbst versuchte

in der Öffentlichkeit, die Eltern- und Schülerorganisationen im „Forum Bildungspolitik“ als „Verführte“ darzustellen: Demnach haben sie sich naiv und politisch unbedarfte einfach vor den Karren von Opposition (SPD, GRÜNE) und Lehrerverbandsfunktionären (GEW, BLLV) spannen lassen.

Wie hilflos diese Argumentation ist, zeigte spätestens ein offener Brief, der pünktlich zu Schuljahresbeginn von Zehetmair eigenen Parteidreunden bekannt wurde. Der Kulturpolitische Arbeitskreis der CSU-Niederbayern fordert darin, „die Zahl der beim Freistaat bediensteten Lehrer sukzessive und kontinuierlich an die Entwicklung der Schülerzahlen“ anzupassen. Allein für den kommenden Doppelhaushalt, also die Jahre 1993 und 1994, kommen die CSU-Lerar auf mindestens 4000 zusätzliche Planstellen (Merke: Das Forum Bildungspolitik fordert in zehn Jahren 16000). Und mahnend fügen die christsozialen Bildungspolitiker an: „Jede spürbare Unterschreitung dieser Kontingente provoziert gravierende Mängel in

der Unterrichtsversorgung und in der Unterrichtsqualität.“ Wie geht's weiter nach Demonstration und Unterschriftenaktion?

Mindestens zwei Vorschläge für ein Volksbegehren Bildungspolitik stehen im Raum: Die ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Monika Hornig-Suttorp versucht, Unterstützer für ihre Forderung „Keine Klasse über 30“ als gesetzlich verankerten Anspruch um sich zu scharen. Die GEW berät seit geraumer Zeit mit möglichen Bündnispartnern auf lokaler, regionaler und Landesebene eine Veränderung der bayrischen Bildungsgesetzgebung per Volksentscheid, die folgendes beinhaltet soll: Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz / Kleinere Klassen — zunächst keine über 30, dann keine über 25 / Für Initiativ- und Gestaltungsrechte der Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen und Kommunen innerhalb des Schulsystems und an den einzelnen Schulen / Für demokratische Mitwirkungsrechte der Eltern und SchülerInnen auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene. — (H.B., ecg)



Foto: af/mz

Protest gegen Schnelle Eingreiftruppe

Bielefeld. Am 2.9. wurde in Bielefeld mit großangelegtem militärischem Pomp unter Beisein von NATO-Generalsekretär Wörner und dem NATO-Oberbefehlshaber Europa, US-General Shalikashvili, die „Schnelle Eingreiftruppe“ der NATO, das Allied Rapid Reaction Corps (ARRC), gegründet. Mit der Gründung des ARRC werden Fakten geschaffen, obwohl noch keinerlei gesetzliche Grundlage für dessen Aufgaben bestehen.

Dagegen organisierte sich Protest: „Die Bevölkerung soll ... auf eine großangelegte Umwandlung der Bundeswehr und ihres Auftrages vorbereitet werden. Die öffentliche Diskussion wird unter dem Deckmantel von ‚Friedenssicherung‘ und ‚humanitären Aktionen‘ im Rahmen der UNO-Blauhelme ... geführt ... Die deutschen Militärs nehmen über Zweck und Aufgaben dieser Truppen kein Blatt vor den Mund ... Rühe sagte der WEU Bundeswehr-einheiten für Kampfeinsätze zu, in denen ‚die NATO nicht tätig werden kann oder will‘. Der neue Generalleutnant Hansen ... erteilte den Auftrag zum Aufbau von Krisenreaktionskräften zur ‚Krisenbewältigung‘ und für ‚friedenserhaltende Maßnahmen‘, inner- und außerhalb des Bündnisgebietes‘ (out of area-Einsätze)“. So hieß es in einem Bündnisauftrag von u.a. Jusos, Grünen, DGB-Jugend zu einer Protestdemonstration. Rund 600 beteiligten sich am 2.9.

Zitate nach div. Ausgaben der NW — (ads)

SSW unterstützt kurdische Öffentlichkeitsarbeit

Kiel. Die Arbeitsgruppe Kurdistan Kiel trat Ende August an Karl-Otto Meyer (SSW und Mitglied im schleswig-holsteinischen Landtag) mit Informationen über die Massaker von Sîrnak und der Bitte um Unterstützung heran.

Am 5.9. fand dann auf seine Einladung im Landeshaus eine Pressekonferenz dazu statt. Obwohl von ihm selbst eingeladen, nahmen von den offiziellen Presse nur dpa, Radio Schleswig-Holstein (RSH), Flensburg Avis und das Flensburger Tageblatt teil. Nach einem einleitenden Beitrag von Karl-Otto Meyer brachten die anwesenden Kurden Informationen zur Lage in Sîrnak, die Arbeitsgruppe hatte Material auch über die finanzielle und militärische Unterstützung der Türkei durch die BRD zusammengestellt.

Die verlesene Presseerklärung lautete (in Auszügen):

„Die Gründe für diese neuen Angriffe der türkischen Armee liegen in der neu gewonnenen Fähigkeit des kurdischen Volkes, eigene Verwaltungen einzurichten und damit seine Unabhängigkeit vor der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren. So befindet sich das kurdische Volk auf dem Höhepunkt seiner Bemühungen, ein Nationalparlament und eine eigene Armee einzurichten. Wieder einmal wird dieser grauenhafte Terror gegen das kurdische Volk mit deutschen Waffen und Panzern begangen. Benutzt wurden z.B. (gegen das kurdische Volk

von Sîrnak, Red.) die achträdigen NVA-Panzer des Typs BTG 60, gegen deren Einsatz schon einmal im April nach internationalen Protesten ein Lieferungsstopp durch die Bundesregierung verhängt wurde. Das Waffenembargo ist inzwischen wieder aufgehoben, und damals wie heute schert sich die Türkei nicht um vertragliche Vereinbarungen ... Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort und endgültig die Lieferungen von Waffen, Panzern und jeglichen Militärhilfsläufen an die Türkei einzustellen!

— Wir erwarten dabei die Unterstützung der Landesregierung Schleswig-Holsteins und eine sofortige Hilfe für die Opfer der Türkei und deutscher Waffen in Sîrnak! — Wir bitten weiterhin die Landesregierung und die deutsche Presse, schnellstmöglich Delegationen nach Sîrnak zu schicken, um die Menschen dort vor weiteren Massakern zu schützen.“

· Bis zum Redaktionsschluß hat sich die Landesregierung nicht gerückt und gehuft und muß somit noch einmal zur Stellungnahme aufgefordert werden. Von den anwesenden Medienleuten kam nicht viel, nur die Zeitung Flensburg Avis druckte eine kurze Meldung ab. Die Arbeitsgruppe hält mit dem SSW Kontakt und wird Karl-Otto Meyer weiter mit Informationen versorgen.

Um anders eine Öffentlichkeit für die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes zu erreichen, nahmen Mit-

glieder der Arbeitsgruppe zusammen mit kurdischen Frauen an der ersten Kiel-Frauenmesse „Frauen machen Messen“ teil.

70 Frauengruppen, -verbände, -projekte, Gewerkschaften, Parteien, Institutionen und Unternehmen stellten aus. Der Stand über Kurdistan mit ethnischen Stelltafeln zum Kampf der Frauen in Kurdistan, aber auch die Folkloregruppe fand viel Beachtung unter den Besuchern. Eine Unterschriftenliste zu den Forderungen der Presseerklärung und für ein sofortiges Referendum in der Türkei wurde von über 100 Menschen unterschrieben.

Weiterhin will die AG Kurdistan verstärkt in den Gewerkschaften Informationen über die Forderungen der Kurden verbreiten. Dazu werden Mappen für die Einzelgewerkschaften zusammengestellt.

Als erster Erfolg der Kontaktnahme wurden die kurdischen Frauen und die AG von der ÖTV-Jugend Kiel eingeladen, am 10.10. bei einer öffentlichen Aktion „Projekt gegen Rechtsextremismus“ dabei zu sein. Zusammen mit „Arbeit und Leben“ hat diese mehrere ausländische Gruppen eingeladen, um mit Ständen über die Lage hier und in den Heimatländern zu informieren. Die AG wird an einem Büchertisch einen Videofilm zeigen und eine weitere Unterschriften- und Spendensammlung organisieren. — (dam)

Kurz berichtet

Belegschaft widersetzt sich Werksstilllegung

Am 24. September hatte die Belegschaft des drittgrößten Faserwerks in der BRD, die Märkische Faser AG im 11000-Einwohner-Ort Premnitz, vom Beschuß des Vorstandes erfahren, die Produktion stillzulegen und den 2048 Beschäftigten zu kündigen. Sie reagierte einmütig, besetzte das Werk und kontrollierte so, daß keine Maschine, kein Produkt den Betrieb verlassen konnte. Am Abend des nächsten Tages hatte sie einen ersten Erfolg erkämpft: die Rücknahme der Kündigungen und die Zusage, daß Treuhand und Land Brandenburg 25 Mio. DM bereitstellen, um das Werk für die nächsten vier Wochen über Wasser zu halten. Die Besetzung dauert an und soll solange fortgesetzt werden, bis die 25 Mio. gezaht bzw. dem Betriebsrat ein rechtsverbindliches Dokument übergeben wird.

Eine Reihe von Merkwürdigkeiten spricht dafür, daß die westdeutschen Konzerne sich einen Konkurrenten vom Hals schaffen wollten. Erst am 1. 1. 92 hatte die Treuhand das Werk, in dem vormals über 6000 Beschäftigte gearbeitet hatten, an das Schweizer Handelsunternehmen Alcor Chemie AG (20 Beschäftigte) für 5 Mio. DM verkauft. Womöglich ging es Alcor vor allem um ein Grundstück an der Ostseeküste, mit dem die Treuhand gelockt hatte, ein „Olympiavorbehaltobjekt zum Nulltarif als zusätzliches Bonbon“, wie der Betriebsrat sagt. Die Treuhand hatte sich vorher für die Stilllegung der Märkischen Faser AG eingesetzt; die Leute, die die „Sanierungsfähigkeit“ untersuchten, kamen von der Bayer AG und arbeiteten zeitweilig für die Treuhand. Die Alcor Chemie AG legte Rahmenverträge mit einer Laufzeit von 5 Jahren zur Lieferung von jährlich 100000 t Chefmäsern an die damalige Sowjetunion vor – zu einem Zeitpunkt, als eigentlich klar war, daß die dortigen Unternehmen die Lieferungen nicht würden zahlen können. Gleichwohl verpflichtete sich Alcor, bis Ende 1994 2000 Arbeitsplätze zu erhalten und für jeden wegfallenden Arbeitsplatz eine Vertragsstrafe von 40000 DM zu zahlen. Jetzt geht die Treuhand davon aus, daß das schweizerische Unternehmen die Vertragsstrafe nicht zahlt. – Die Belegschaft macht die Treuhand für den drohenden Untergang des Werkes verantwortlich und fordert, daß diese das Geld für die Fortführung aufzubringen und gemeinsam mit dem Land ein Lösungskonzept zu erarbeiten hat. — (scs)

Kahlschlag an der Rostocker Uni

1264 Kündigungen hat das Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommerns Mitte September den bisher verbliebenen Angehörigen der Rostocker Universität angekündigt; weit über 900 Kündigungen wurden bis zum 15. Oktober ausgesprochen. Als Gründe gibt das Ministerium „mangelnde persönliche und fachliche Eignung“ sowie „mangelnden fachlichen Bedarf“ an. Im nicht-medizinischen Bereich ist die Zahl der Universitätsangehörigen seit 1990 auf unter 40 % gefallen; personell ausgedünnt wurden auch die angegliederte Ingenieurhochschule für Seefahrt, die Pädagogische Hochschule Güstrow und das Institut für Lehrerbildung. GEW und Sprecherrat der Uni bezeichnen die Kündigungswelle als Skandal, der im übrigen auch den Studenten Durchführung und Abschluß ihres Studiums immer schwerer macht. Nur eine Gruppe profitiert: Die wachsende Zahl von Gastprofessoren aus dem Westen. — (scs)

Schweigmarsch gegen Ausländerfeindlichkeit

Berlin. Über 2000 Menschen beteiligten sich am 16. 9. an einem Schweigmarsch gegen Ausländerfeindlichkeit. Aufgerufen hatte das Bündnis gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. Dem Gremium gehören neben den Ausländerbeauftragten aus Berlin und Brandenburg, Kirchen, der Jüdischen Gemeinde, dem DGB-Landesbezirk und anderen Organisationen auch die Länderechtes Diepgen und Stolpe an. Vor

dem wiederholte geschändeten Mahnmal auf der Putiltzbrücke (von dort wurden Juden ins KZ abtransportiert) hielt der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Kanal, die kurze Abschlußrede. Er betonte angesichts der Welle von rassistischen Angriffen das Motto der Veranstaltung — „Gewalt? Halt! – Mehr Mut wäre gut!“ – und rief dazu auf, sich vielfältig entgegenzustellen. Er verurteilte jegliche Rechtfertigungsversuche. Offen blieb, ob damit auch die offizielle Politik gemeint sei. Auch sonst kein Wort der Kritik an der Regierungspolitik, die rassistische Einstellungen fördert und Diskriminierungen gesetzlich fixiert. Viele Leute, die von den Gewerkschaften mobilisiert waren, hätten dies wohl unterstützt. Die gesuchten Staatsvertreter nahmen übrigens am Protestmarsch nicht teil. — (ard)

Terrorausbildung auf Truppenübungsplätzen

Die jüngst im *Spiegel-TV* ausgestrahlten militärischen Übungen faschistischer Terroreinheiten stellen keine Ausnahme dar. Ohne daß die zuständigen Behörden bisher einschritten, wird beispielsweise auch der Truppenübungsplatz in der Colbitz-Letzinger Heide von Neonazis für Schießübungen, strategische und taktische Konditionierung etc. genutzt. Von den 23200ha, die ehemals der sowjetischen Westgruppe als Truppenübungsplatz zur Verfügung standen, nutzen GUS-Truppen heute noch 23 qkm, und das auch nur selten, an Wochenenden nie. Dennoch finden hier seit ca. einem halben Jahr auch an Wochenenden regelmäßige Schießübungen statt; am 5. September z.B. wurde ein uniformierter Trupp in Begleitung zweier Jeeps bei militärischen Übungen beobachtet. Die Banden haben an zwei Stellen Zielscheiben in menschlicher Gestalt aufgestellt. Das Riesengelände ist weder eingezäunt noch sonst irgendwie gesichert. Aus den Zeiten der Roten Armee sowie aus den Zeiten, in denen die Heide der faschistischen Wehrmacht für Munitionstest diente, sind auf dem Gelände noch Munition und anderes Kriegsgerät zu finden. — (scs)

Kahlschlag an der Rostocker Uni

1264 Kündigungen hat das Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommerns Mitte September den bisher verbliebenen Angehörigen der Rostocker Universität angekündigt; weit über 900 Kündigungen wurden bis zum 15. Oktober ausgesprochen. Als Gründe gibt das Ministerium „mangelnde persönliche und fachliche Eignung“ sowie „mangelnden fachlichen Bedarf“ an. Im nicht-medizinischen Bereich ist die Zahl der Universitätsangehörigen seit 1990 auf unter 40 % gefallen; personell ausgedünnt wurden auch die angegliederte Ingenieurhochschule für Seefahrt, die Pädagogische Hochschule Güstrow und das Institut für Lehrerbildung. GEW und Sprecherrat der Uni bezeichnen die Kündigungswelle als Skandal, der im übrigen auch den Studenten Durchführung und Abschluß ihres Studiums immer schwerer macht. Nur eine Gruppe profitiert: Die wachsende Zahl von Gastprofessoren aus dem Westen. — (scs)



Berlin. Zum Auftakt eines „Langen Marsches“ nach Straßburg beteiligten sich am 19. September rund 500 Menschen an einer Demonstration „Gegen Rassismus und für gleiche Rechte aller hier Lebenden“, zu der DIDF, Internationale Jugend Berlin, SOS Rassismus, Vereinigte Linke (VL), Bund der Antifaschisten (BdA) und IVVdN aufgerufen hatten. Neben Berlin starteten andere Gruppen gleichzeitig in weiteren Städten (u.a. in Hamburg, Bremen, Wien), die nach weiteren Aktionen am 2. 10. in Straßburg zusammentreffen. Der Marsch richtet sich gegen die Diskriminierung von Ausländern in der EG und gegen rassistisch-faschistische Angriffe und Propaganda. Er wendet sich gegen eine EG-Politik, in der das Kapital frei walten kann und Ausländer als „Sündenböcke“ für die sozialen Folgen benutzt werden. — (ard, Bild: af/mz)

„... daß wir die Gehälter für alle nicht mehr bezahlen . . .“

Berlin muß sparen; der öffentliche Dienst muß abspecken. Dieses Ziel verfolgt der CDU/SPD-Senat mit Nachdruck. Auf verschiedenste Weise wird die Hauptstadt „regierungssitzfähig“ und interessant für Kapitalanleger gemacht: Streichung von Sozialleistungen, Abbau von Beschäftigtenstellen, Privatisierung der Eigenbetriebe, Verwaltungsreform. In verschiedenen Beiträgen soll auf die einzelnen Maßnahmen, ihre Auswirkungen für Beschäftigte und Bevölkerung sowie auf den Widerstand dagegen eingegangen werden.

Kündigungen nicht sakrosankt

„In den Jahren 1992 bis 1997 sollen insgesamt bis zu 25000 Stellen/Beschäftigungspositionen eingespart werden. Unter Berücksichtigung der Sparleistung aus dem Jahre 1992 und bei etwa gleichmäßiger Verteilung in den Folgejahren ergäbe sich ein jährliches Sparvolumen von etwa 3500 Stellen/Beschäftigungspositionen. Unter Berücksichtigung von unabsehbaren Zugängen, die 1993 ca. 1500 Stellen/Beschäftigungspositionen betragen, müssen jährlich tatsächlich bis zu 5000 Stellen/Beschäftigungspositionen stellenplanmäßig abgesetzt werden. Die eingesparten Stellen müssen alsbald auch tatsächlich geräumt werden . . .“¹ So die Senatsverwaltung für Inneres in einem Rundschreiben vom August d.J., in dem sie die Einrichtung einer „Personalauslagentur“ bekanntgab, die eigens diesem Zweck, nämlich der Realisierung der Umstrukturierungsmaßnahmen und der Stelleneinsparungen, dient.

Dabei gibt die Zahl von 25000 Stellen noch nicht einmal die Gesamtheit des geplanten Stellenabbaus im Beschäftigungsbereich des öffentlichen Dienstes wieder. Sie bezieht sich nämlich nur auf den Bereich der Senats- und Bezirksverwaltungen (inklusive aller der Einrichtungen, die ihnen zugeordnet sind wie Schulen, Kindertagesstätten, städtische Krankenhäuser). Weiter werden mehrere tausend Zivilbeschäftigte bei den Alliierten durch den Abzug der amerikanischen, französischen und englischen Truppen arbeitslos. Die Haushalte der Hochschulen werden nicht mehr ausfinanziert; auch dort sind Personaleinsparungen im Umfang von insgesamt ca. 1000 die Folge. Hinzu kommen Stellenreduzierungen in den Universitätskliniken, bedingt durch den beschlossenen Bettentenabbaus. Auch senatseigene Betriebe bauen mehrere tausend Stellen ab, beispielsweise allein die BEWAG (Berliner Elektrizitätswerke AG) 1500. Zusätzliche Stelleneinsparungen bei Post und Bahn sind zwar nicht auf die Senatspolitik zurückzuführen, drücken aber ebenso auf die Arbeitsmarktsituation. Und schließlich verlangt Wirtschaftssenator Pieroth gar die Einsparung von 35000 (statt 25000) Stellen. So schwierig sich also genaue Zahlen errechnen lassen, mindestens 15 % aller Personalstellen im öffentlichen Dienst Berlins werden abgebaut.

Da dieses Ziel nicht nur mit „natürlichen Abgang“ (normale Fluktuation, Erreichen von Rentenalter u.ä.) und auch nicht durch die geplanten „Privatisierungen“ (gemeint ist hier der Übergang von z.B. 1500 Kita-Beschäftigten in Ostberlin an gemeinnützige Träger) erreicht werden kann, ist auch der Gedanke an Kündigungen „nicht mehr sakrosankt“². Zwar wird nach wie vor von einer „sozialverträglichen Realisierung“ der Stelleneinsparungen gesprochen, doch heißt es schon im o.g. Rundschreiben: „Der Senat hat bereits . . . im Herbst 1991 für den Haushalt 1992 beschlossen, daß die Anpassungsmaßnahmen im Personalhaushalt sozialverträglich gestaltet werden sollen, d.h. daß arbeitgeberseitige Kündigungen regelmäßig unterbleiben werden, wenn die Arbeitnehmer(innen) aktiv einen Beitrag im Prozeß der Umgestaltung leisten. Kündigungen zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen kommen somit allenfalls als letzte Maßnahme in Betracht, wenn alle anderen Möglichkeiten versagt haben. Dazu rechnet insbesondere ein Wechsel des Arbeitsplatzes, der Arbeitsaufgaben, der Arbeitsbedingungen.“ Mit Arbeitsbedingungen ist vor allem die Eingruppierung, also die Entlohnung eines Beschäftigten gemeint. Wer nicht „aktiv einen Beitrag“ leistet,

z. B. wer nicht eine Umsetzung innerhalb Berlins oder bzw. und eine Herabgruppierung im Rahmen eines Arbeitsplatzwechsels akzeptiert, kann folglich entlassen werden. Was viele heute noch nicht glauben wollen: Es gibt keine Unkündbarkeit und keine sicheren Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst.

Wohlüberlegte Belastungen

Die bisherigen Sparmaßnahmen – inklusive der geplanten Stelleneinsparungen – reichen für eine Ausfinanzierung des Berliner Haushalts noch nicht aus. Am 21. Juni begab sich der Berliner Senat zum zweiten Mal in Klausur. Schon fast zynisch heißt es in dem über die Klausurtagung verfaßten Vermerk: „Der Senat hält an den Grundaussagen seiner Regierungserklärung (Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und

meisten unerschwinglich sein wird. Und nicht zuletzt wird auch in diesem Papier die Möglichkeit von Kündigungen festgehalten: „Die Anwendung der Kündigungsmöglichkeiten mangels Bedarf laut Einigungsvertrag soll abweichend von der bisherigen Verständigung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden . . .“³

Unsoziale Tariferhöhungen

Neben den aufgeführten Belastungen einzelner Bevölkerungsteile hat der Senat noch massive allgemeine Tariferhöhungen für öffentliche Dienstleistungen beschlossen. Zwar gibt es zumeist noch gespalte Tarife Ost/West, die Steigerungsraten sind jedoch für Ostberlin zum Teil wesentlich höher. So kostet ein Einzelfahrtschein der BVG inzwischen DM 3,20 im Westen und DM 2,80 im



West, Schaffung bezahlbarer Wohnungen, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen) fest.

Das Sparziel, die bei den bisherigen Beratungen verbliebene Deckungslücke von 0,5 Mrd. DM zu schließen, konnte erreicht werden. Es stellt eine wohlüberlegte Abwägung der zusätzlich erforderlichen Belastungen für die Bevölkerung dar.

Dabei wird der Grundsatz beachtet, daß teilungsbedingte und berlinspezifische Sonderleistungen allmählich abgebaut werden (Aussetzen des besonderen Familiengeldes, Wegfall der Mietausgleichszahlungen, Überprüfung der Pflegegeldregelung).

Überproportionale Leistungen Berlins für die anderen Bundesländer werden zurückgeführt (Reduzierung der Studentenzahlen von 115000 auf 100000 . . .). Dies entspricht langfristig dem Abbau in der Größenordnung einer (mittleren) Universität.

Im öffentlichen Personennahverkehr werden . . . die öffentlichen Zuschüsse von 1,4 Mrd. in 1993 über 1,2 Mrd. in 1994 auf 1 Mrd. in 1995 zurückgeführt.

Im Bereich der Kulturpolitik ist eine Plafondierung vorgesehen . . .

Die Veränderungen der Rechtsform weiterer Eigenbetriebe werden fortgesetzt . . .⁴

Diese mittlere Universität könnte beispielweise die Humboldt-Universität sein, die in etwa diese Anzahl von Studienplätzen aufweist. Da sich bei der Auflistung der Einzelmaßnahmen dann auch der Prüfauftrag über die Notwendigkeit eines dritten Klinikums (gemeint ist die Charité) wiederfindet, liegt der Verdacht nahe, daß hier ein weiteres Teil DDR-Wissenschaft vernichtet werden soll.

Neben den o.g. Kürzungen beschloß der Senat weitere Verschlechterungen. So heißt es in dem von den Gewerkschaften als „Giftliste“ bezeichneten Vermerk, daß die Kita-Gruppen zwar nicht vergrößert werden sollen (der Senat setzt aber auf die „freiwillige listenmäßige Überbelegung“), dafür wird eine weitere Gebühren erhöhung mit zusätzlicher Staffelung geplant.

Die Essensgeldzuschüsse in Höhe von monatlich 19 Mark im öffentlichen Dienst entfallen. Verwaltungsgebühren werden erhöht. Platzgeldzuschüsse bei Theatern und Oper werden abgebaut, so daß ein Theaterbesuch künftig für die

Osten (früher kostete dort ein Einzelfahrtschein DM 0,20). Bei der Müllabfuhr steigen die Tarife um 12,1 % im Westen; die Osttarife werden auf 75 % des Westtarifs erhöht und steigen damit um mehr als das Doppelte. Ähnlich bei der Straßenreinigung: die Erhöhung beträgt dort 15 % im Westen; die Osttarife werden auf 79 % angehoben.

Diese Tariferhöhungen sind auch unter den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen umstritten. Insbesondere die aus dem Ostteil der Stadt stammenden CDU- und SPD-Abgeordneten brachten ihren Unmut in der (namentlichen) Abstimmung zum Ausdruck. Von den 241 Berliner Abgeordnetenhausmitgliedern stimmten lediglich 122 für die Tariferhöhungen, 56 stimmten dagegen, 20 enthielten sich. 42 Abgeordnete nahmen erst gar nicht teil. Alle 20 Enthaltungen sowie 2 Neinstimmen kamen aus der Großen Koalition.

ÖTV fordert Steuererhöhungen

In einer ausführlichen Stellungnahme zum Haushalt fordert die ÖTV die Erhöhung der Gewerbesteuer. Während Hamburg einen Hebesatz von 450, München und Frankfurt von 480, Hannover von 460 Punkten haben, begnügt sich Berlin mit 300 Punkten. Durch den Verzicht auf eine konsequente Eintreibung von Steuerrückständen sowie zusätzliche „Geschenke“ an die Kapitalisten (z.B. Billigverkauf von Gelände an Daimler Benz und Sony) vergibt sich der Senat selbst mögliche Einnahmen von weit über einer Milliarde Mark. Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich der Finanzsenator seine finanzielle Handlungsfähigkeit dadurch sichert, daß er den sozial Schwachen und Bürgern und Bürgern Berlins sowie den Beschäftigten einseitige Opfer abverlangt, während er Unternehmen und Selbständige sowie die Gewinner der Einheit einseitig begünstigt.⁵

Quellen: (1) Rundschreiben II Nr. II/7/92 v. 7.8.92; (2) Der Tagesspiegel v. 18.9.92 (aus diesem Artikel ist auch das als Übersicht verwendete Zitat entnommen); (3) Vermerk über die „Senats-Klausursitzung am 21. Jun 1992 zur Vorbereitung der Haushaltbeschaffung . . .“ (Hervorh. v. Verf.); (4) Berlin hatte im Bundesrat gegen die Verlängerung der sog. Bedarfskündigung gemäß Eingangsvertrag gestimmt und zugestimmt, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen; (5) Presseerklärung der ÖTV v. 1.7.92 — (bar)

Es handelt sich nicht um ein neues Verkehrszeichen, es geht auch nicht um ein Warnschild. Es ist der Titel eines Bühnenstücks in der „Volksbühne“ in Berlin, das eine spezifische Art der Aufarbeitung der Geschichte betreibt. Am 7. Oktober 1992 wiederholte sich nämlich zum 43. Male der Jahrestag der Gründung der DDR.

Für die, die das genaue Datum der Gründung der DDR vergessen haben sollten, also „Vorsicht“.

Das Wort „Vorsicht“ wird im Sinne des Warnens, des Sich-Vorsehens gebraucht. Muß man sich „vorsehen“, wenn es um die rückwärtige Betrachtung des ehemaligen zweiten deutschen Staates geht, der sich „Arbeiter- und Bauernstaat“ nannte?

Fakt ist, daß es die verschiedensten Betrachtungsweisen zu den gelebten 40 Jahren DDR gibt. Da sind einmal die, die die DDR überhaupt als Verbrecherstaat bezeichnen und auch nach dieser Einschätzung handeln. Da gibt es aber auch solche, die die DDR als objektiven Teil der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte betrachten.

„Vorsicht“ ist also durchaus geboten!

Sicher ist, daß in den letzten drei Jahren Ereignisse vor sich gingen, die in diesem Ausmaß von niemandem erwartet wurden, betrafen sie ja den Untergang eines ganzen Gesellschaftssystems, dessen Teil die DDR war. Sicher ist auch, daß in der Folge die künstliche Trennung Deutschlands aufgehoben und die DDR von der BRD aufgesogen wurde.

Richtig sicher ist jedoch noch nicht, wie die letzten Jahrzehnte geschichtlich beurteilt werden müssen. Was ist überhaupt geschehen? War die Gründung der DDR ein erster Versuch einer sozialistischen Alternative auf deutschem Boden? Was ist das vereinheitlichte Deutschland heute, wohin geht es?

Fragen über Fragen, die sich allen Generationen stellen, nicht nur denen, die die 40 Jahre der DDR selbst mit erlebt haben, sondern auch denen, die die DDR verdammen, ohne sie überhaupt durch- oder richtig erlebt zu haben.

Wenn man den offiziellen Dokumenten glaubt, dann ist die DDR im 41. Jahr untergegangen, beurteilt worden. Aber so einfach ist die Sache ja nun nicht. Die Menschen, die in diesem Land gelebt haben, in ihm aufgewachsen sind und von ihm geformt wurden, sind noch da.

Kaum jemand wird in Zweifel ziehen, daß die Teilung Deutschlands und damit das Entstehen der BRD und der DDR ein Ergebnis des Machtkampfes zwischen den Siegermächten war, die eben den Faschismus besiegt und in seinem eigenen Hause geschlagen hatten. Damit war der neu entstandene Staat DDR auch Ergebnis des antifaschistischen, antimperialistischen und demokratischen Kampfes, selbst auch des Teiles des deutschen Volkes, der aktiv und mit großen Opfern gegen den Faschismus gekämpft hatte.

Niemand kann heute bestreiten, daß in Folge dieser Veränderungen in Europa die demokratischen, nationalen und auch linken Bewegungen in Europa und in der Welt nach dem Sieg über den Fa-

Vorsicht, Siebenter Oktober!

schismus einen gewaltigen Aufschwung nahmen, und, zum Beispiel, die Bewegung gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eine gewaltige Unterstützung erhielt oder solchen Menschen wie Raimonde Diem oder Jupp Angenfurth¹ große Solidarität entgegengebracht wurde.

Die Welt schien in diesen Jahren unauftahlsam einer besseren Geschichte entgegenzustreben. Ja, niemand mehr schien den Gang dieser Geschichte noch aufzuhalten zu können. Das traf auch die DDR. Wenn auch mit Vorbehalten gegenüber den Kommunisten, unterstützten die Großen dieser Zeit den neuen Staat. Wer will Heinrich oder Thomas Mann, Lion Feuchtwanger oder andere bis hin zu Bert Brecht des Stalinismus verdächtigen? Viele sahen in der DDR eine Alternative zu Krieg und Faschismus. Die DDR war nicht nur der 17. Juni 1953, sie war auch Symbol für ein neues Deutschland in Europa und in der Welt.

Wer will den Enthusiasmus leugnen, mit dem „Max“ (gemeint ist die Aktion „Max braucht Wasser“, Maxhütte Unterwellenborn) mit Wasser versorgt oder mit dem die Talsperre Sosa erbaut wurde? Die junge Generation jedenfalls, die eben aus dem Krieg kam, noch bei Leuna als Flakhelfer gegen anglo-amerikanische Flieger verputzt wurde und die jetzt an den gerade eröffneten Arbeiter- und Bauernfakultäten begann, sich Wissen anzueignen, dachte nicht an Stalinismus oder Diktatur. Sie wollte eine andere Jugend, eine friedfertige, eine weltoffene, sein. Sie wollte einen neuen Staat ohne Krieg und Krupp, ohne KZ und IG Farben. Sie strebte nach anderen Inhalten und nahm die neuen Gedanken ehrlich und ohne Vorbehalte auf, und viele machten sie zu ihrer Lebensmaxime und -grundlage.

Die wenigen allerdings kannten die ganze Wahrheit; sie wurde auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU niemals ganz offenbar: Die DDR war ein Kind einer durch den Stalinismus geprägten Ideologie und Ökonomie, sie stand zunächst noch in einem dauernden Abwehrkampf gegen die äußere Beeinflussung und wurde zum Aushängeschild des Sozialismus überhaupt gemacht. Sie war nicht Rumänien, trug aber alles mit, was die finsternen Jahre der Ceausescu-Herrschaft zu bieten hatten. Sie war auch immer mit den gleichen Schwächen und Mängeln, wie sie auch alle anderen sozialistischen Länder aufwiesen, behaftet. Aber sie war ein „Schaufenster“, sie hatte in der Welt viele Freunde. Auch die eigene Bevölkerung stand in den Anfangsjahren zu diesem Staat. Nicht umsonst vertrat die SPD-Führung noch in den 80er Jahren die Auffassung, man müsse das „Selbstgefühl“ der Ostdeutschen achten, weil sie sich als Bürger dieses ostdeutschen Staates fühlten.

Jedoch häuften sich die Krisenerscheinungen. Die SED redete mehr und mehr die wenigsten allerdingen kannten die ganze Wahrheit; sie wurde auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU niemals ganz offenbar: Die DDR war ein Kind einer durch den Stalinismus geprägten Ideologie und Ökonomie, sie stand zunächst noch in einem dauernden Abwehrkampf gegen die äußere Beeinflussung und wurde zum Aushängeschild des Sozialismus überhaupt gemacht. Sie war nicht Rumänien, trug aber alles mit, was die finsternen Jahre der Ceausescu-Herrschaft zu bieten hatten. Sie war auch immer mit den gleichen Schwächen und Mängeln, wie sie auch alle anderen sozialistischen Länder aufwiesen, behaftet. Aber sie war ein „Schaufenster“, sie hatte in der Welt viele Freunde. Auch die eigene Bevölkerung stand in den Anfangsjahren zu diesem Staat. Nicht umsonst vertrat die SPD-Führung noch in den 80er Jahren die Auffassung, man müsse das „Selbstgefühl“ der Ostdeutschen achten, weil sie sich als Bürger dieses ostdeutschen Staates fühlten.

Überall soll gespart werden, folglich

an den Ohren der Menschen vorbei. Erhoffte Veränderungen blieben aus. Die Ideologie wurde starrer und starrer; die Führung des Staates sturer und sturer; der erste Mann des Staates eitler und eitler. Mit den Oktober-Ereignissen 1989 wurde in aller Deutlichkeit klar, daß das Denken der Massen schon lange und tief von anderen Vorstellungen als vom Leben im Sozialismus beeinflußt war. Auch die Ereignisse in Polen Anfang der achtziger Jahre hatten die Führung der DDR nicht aufgeschreckt. Ja, kritische Stimmen im eigenen Lande wurden verfolgt und eingesperrt. Die Hoffnungen, die viele Menschen der DDR in die Reformpolitik Gorbatschows gesetzt hatten, wurden nicht erfüllt.

Unbemerkt für viele, die den Weg der DDR immer noch als „das Tal der Mühen“ betrachteten, war das Ende der noch nicht richtig begonnenen Geschichte einer Alternative auf deutschem Boden gekommen. Die DDR scheiterte an ihren eigenen Schwächen, an dem fehlenden marxistischen Gehalt ihrer Politik und Ideologie, letztlich am repressiven stalinistischen Regime. Der Enthusiasmus der Anfangsjahre war stinknormaler Routine gewichen. Der Schwung der ersten Jahre war verpufft und hinübergewachsen in einen Konflikt der Gründergeneration mit herangewachsenen Generationen, die ihr Leben in der DDR begonnen, ja von ihr Bildung, soziale Sicherheit und Gemeinschaftssinn erhalten hatten.

Es kam, wie es kommen mußte: Die Mehrheit der Bevölkerung wollte so wie bisher nicht weitermachen und erwangt eine Veränderung — die Wende.

Die Zeit vergeht, und mit jedem weiteren Jahr zeichnen sich die tatsächlichen sozialen Ergebnisse, die in der DDR erreicht wurden, stärker vor dem Hintergrund der Gegenwart ab. Mit der Beerdigung der DDR werden diese Tatsachen zugleich eine langandauernde Wirkung und intensive „Grabpflege“ hervorrufen. Jetzt nimmt der Anteil der Bevölkerung, der sich in eine Situation gestellt sieht, die er nicht gewollt hat, ständig zu. Nach der Wende, davon haben sich viele Ex-DDR-Bürger inzwischen überzeugt, hat, zum Beispiel, die Korruption bei der Verramschung des ehemaligen Volkseigentums Maßstäbe angenommen, die alles bei der ehemaligen Führung der DDR Dagewesene weit in den Schatten stellt.

Die Eigentumsveränderungen vollziehen sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Jeder einigermaßen politisch Gebildete fragt sich, wer Herrn Waigel oder Frau Breuel beauftragt hat, dieses Eigentum auf diese Weise unter die Leute zu bringen. Es wird gesagt, daß es privatisiert werden muß, weil sonst die Wirtschaft nicht funktionieren kann. Die Ostdeutschen produzieren zu teuer, Japaner und Amerikaner müssen auf dem Weltmarkt geschlagen werden.

Überall soll gespart werden, folglich

ist es nicht erforderlich, daß produziert wird. Die DDR hat zu 80 % für die damalige SU produziert. Die ostdeutschen Waren wären dort dringend gebraucht worden, sie könnten nur nicht in DM bezahlt werden. Deshalb v. a. ist die ostdeutsche Produktion zusammengebrochen. Andere Erklärungen stellen schon eine gewaltige Zumutung dar.

Ein weiteres gängiges Argument sind die Kosten der Einheit. Verschwiegen wird aber, daß erst die Art und Weise, mit der der Anschluß der DDR erfolgte, diese Kostenexplosion zur Folge hatte.

Die DDR hatte funktionierende Polikliniken im Gesundheitswesen. Das war eine rationelle und kostengünstige Form der ambulanten Behandlung der Menschen. Die Folgen der erzwungenen Veränderungen sind unübersehbar: Kostenexplosion. Wer soll sie bezahlen, die Patienten! Die Schule in der DDR bestand, wenn man den Darstellungen Glauben schenken soll, nur aus indozierten Kindern. Mathematik, Physik, Sprachen — alles hatte einen kommunistischen Anstrich. Die Schulbücher mußten weg, die Lehrer wurden eingeschüchtert und mit Entlassung bedroht. Niemand fragt, ob diese neue Schule besser ist als die alte, von den entstandenen Kosten spricht niemand. Weitere Beispiele können angezählt werden.

Vielleicht wurde durch die Kolonialisierung der DDR, durch Treuhänder, Immobilienhaie und den Versuch der Austrilgung jeglichen DDR-Seins angeholt. Zahlen sind bekannt, und zwei Millionen Arbeitslose sprechen für sich. Ganze Industriebranchen brechen weg, wodurch Dreiviertel aller bisherigen Arbeitsplätze liquidiert wurden.

Die BRD hat die Einverleibung der DDR nicht verdaut. Der im Mai 1991 zurückgetretene Präsident der Bundesbank, Pöhl, hatte davor gewarnt, daß „die DDR auf die Währungsunion nicht vorbereitet“ ist und es zu einem Desa-

ster kommen kann. Vieles spricht dafür, daß Pöhl recht behalten hat.

Die SED und ihre Propaganda haben es über Jahre hinweg nicht geschafft, den ehemaligen DDR-Bürgern ein wahres Bild vom Kapitalismus zu vermitteln. Der jetzt ablaufende Nachhilfeunterricht könnte nicht gründlicher sein!

Die DDR entließ ihre Bürger in eine Art Orientierungslosigkeit: Die Suche nach einer neuen Identität hat begonnen. Das wird nicht von heute auf morgen zu lösen sein.

Für die Linke in den ostdeutschen Ländern ist die DDR tot. Keiner jagt einem Phantom nach, welches sich ohnehin in bitterer Erkenntnis als lebensunfähig erwies. Aber die Geschichtekette kehrt nur scheinbar an ihren Ausgangspunkt zurück. Betrachtet man die Existenz der DDR als einen ersten, wenngleich auch mißlungenen sozialistischen Versuch auf deutschem Boden, so ist die linke Bewegung um eine gewaltige Erfahrung reicher: Nichts geht gegen die Massen und ohne wirkliche Demokratie. Und weiter zeigt sich, wie viele Probleme nach wie vor ungelöst bleiben. Mit dem Exitus der DDR ist die Geschichte nicht zu Ende. Die gefallene Mauer hat nicht nur Grenzen geöffnet, sondern globalere Probleme schlaglichtartig auferissen. Sie werden heute deutlicher denn je. Das Deutschland des 3. Oktober 1990 sieht sich gewaltiger Herausforderungen gegenüber als die BRD und die DDR zu ihren Zeiten. Mit den alten Denkweisen und Strukturen scheinen diese nicht lösbar, gleich gar nicht durch die neokonservativen Kräfte der Bonner Koalition.

Also Vorsicht! Die ehemalige DDR kann schließlich nie ganz untergehen, begraben werden. Im Gegenteil, sie wird aus eben diesen Gründen allen Menschen noch länger im Gedächtnis bleiben, als es manchem lieb ist und als sie insgesamt verdient hat.

(1) Raimonde Diem hielt einen Zug, der Waffen für den Algerienkrieg transportierte, an, indem sie sich auf die Schienen legte; Jupp Angenfurth, Antifaschist und Kommunist, wurde in den 50er Jahren verfolgt. — (A. B., W. T.)



Auch das bestimmt die Geschichte der DDR mit: die Zerschlagung des Junkertums.

Einige Informationen zu den „Komitees für Gerechtigkeit“

hingehend kontrollieren soll, ob diese die ostdeutsche Sicht der Probleme gebührend berücksichtigen. So grotesk dieses Ansinnen auch ist, es muß ernst genommen werden. Zeigt es doch, daß nichts als die Desintegration das Ziel ist ... es genügt nicht, gegen Gysi und Diestel zu polemieren, aber die Ziele ihres Komitees ebenso unbeachtet zu lassen wie die Verleumdungen, die von ihm ausgehen. Soll die Toleranz gegenüber der SED/PDS, die hinter dem Komitee als Drahtzieher steht, so lange fortgesetzt werden, bis die Wühlarbeiter die Menschen in den neuen Ländern der Bundesrepublik vollends entfremdet?“

Inzwischen hat sich eine Reihe örtlicher Komitees gebildet und die Arbeit aufgenommen.

Ihre Bedingungen sind recht unterschiedlich, und ohne den Anspruch auf einen „Überblick“ zu erheben, fällt doch folgendes auf: Komitees sind v. a., wenn nicht ausschließlich, in Städten entstanden, in kleinen Gemeinden oder auf Kreisebene (fast) gar nicht. In Sachsen z. B. gibt es Komitees in Dresden, Chemnitz, Leipzig und Plauen, auch in Mecklenburg-Vorpommern

sind die wenigen Komitees auf größere Städte konzentriert. Der Schwerpunkt ist Berlin; hier entstanden Komitees in vielen Stadtbezirken, in einigen sogar zwei. Auch die Zahlen der Mitglieder und Interessierten sind recht unterschiedlich. An der Gründung des Erfurter Komitees beteiligten sich ca. 40 Menschen, in Schwerin nehmen rund 30 Personen unterschiedlicher politischer Herkunft an der Arbeit teil. In Berlin dagegen waren die Gründungsversammlungen oft von mehreren hundert Menschen besucht; der Tagesspiegel berichtete am 26.9., daß heute jeweils zwischen 80 und 130 Mitglieder weiterarbeiten wollen. Nach verschiedenen Eindrücken sprechen die Komitees in allererster Linie deklassierte bzw. von Deklassierung bedrohte Intelligenz an, kaum Arbeiter und (ehemals) in der Landwirtschaft Beschäftigte. Bei der Gründung in Erfurt wurde „verbüßt“ festgestellt, daß die Hälfte der Interessierten aus jungen Leuten bestand (unz. 2. September-Ausgabe), ähnliche Erfahrungen gibt es auch anderswo. Im Komitee in Pankow beteiligen sich laut dem Bericht des Tagesspiegel „abge-

wickelte Journalisten und Wissenschaftler; Rentner, die sich um den Lohn für ein langes Arbeitsleben betrogen fühlen, und Mittelständler, die den Aufschwung an sich vorbei organisiert sehen.“ (26.9.)

Die Berliner Komitees verstehen sich, wie die anderen auch, als unabhängige und kritische Bürgerbewegung. Sie sind für alle Bürger offen und verfolgen das Ziel, sich auf akute Schwierigkeiten, Ungerechtigkeiten und Gefährdungen zu konzentrieren, wie es in den Verlautbarungen einiger Komitees heißt. Ein ganz zentraler Punkt ist hier — wie z. T. auch anderswo — die Abwendung der für den 1. Januar 1993 vorgesehenen Mieterhöhung. Das Dresdner Komitee organisiert inzwischen einen Bürgerentscheid für Mietstopp. Hier hatte die PDS über 5000 Unterschriften gesammelt; obwohl dazu verpflichtet, hatte die Stadt die Durchführung des Bürgerentscheids abgelehnt, jetzt führt das Komitee ihn durch. Insgesamt gibt es eine anscheinend starke Tendenz, sich v. a. auf der Kommunalebene zu engagieren. Im Aufruf des Pankower Komitees wird gesagt: „Schließen Sie sich an! Es ist le-

gitim, wenn sich viele Bürger in die Kommunalpolitik und auch in die große Politik einmischen.“ Entsprechend sind in den Berliner Komitees die Offenlegung der Wohnsituation in den Stadtbezirken durch die Bezirksverordnetenversammlungen ein wichtiges Thema, die Komitees versuchen, Auskunft über leerstehende Wohnungen zu erreichen u. a. m. Einige Komitees stellen Verbindungen zu Abgeordneten der Bezirksversammlungen her und streben mit ihnen eine direkte Zusammenarbeit an.

Gegenwärtig wird in vielen Komitees nach einer inneren Organisation gesucht. Es werden Arbeitsgruppen gebildet, aber das ist nicht immer leicht.

Die Umbildung der Komitees in eine Partei wird in der PDS im großen und ganzen nicht mitgedacht. Bürgerbewegungen, die sich für die eine oder andere Angelegenheit engagiert haben, tragen im wesentlichen zeitlich befristeten Charakter, so ein weitgeteilter Standpunkt. Wiederum sagte Gysi: „Auf der andren Seite entstehen vielleicht auch Strukturen, die weit in die Zukunft weisen. Möglicherweise sind Parteien nicht mehr die Zukunft.“ Eines scheint jedoch festzustehen: Eine Kandidatur der Komitees zu den Landtagswahlen 1994 ist wohl nicht zu erwarten. Hier haben die Landesverbände der PDS mit der Vorbereitung ihrer Kandidatur begonnen; evtl. könnten jedoch Mitglieder von Komitees auf offenen Landeslisten der PDS kandidieren. — (scc. n. Ber. von A. B. u. sta)

Termine

10. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg.

10./11. 10. 92. Herbsttagung der 12. Bundes-DK des BWK, Köln, ab 13 Uhr.

11. 10. 92. Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wahlrecht/Asylrecht — Rechte der Ausländer in der BRD“. Veranstalter: Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, Feyka Kurdistan, Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF), Kurdistan-Komitee Köln. Beginn 9 Uhr, Jugendgästehaus, An der Schanz 14, Köln Riehl. Ende: 15 Uhr.

11. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Medien in Augsburg.

24./25.10.92 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus, Burkader Str. 44. Samstag, 13 Uhr, bis Sonntag, 13 Uhr.

24./25. 10. Herbstsitzung des Koordinationsausschusses der Kurdistan-Solidaritätsgruppen sowie Beratung der Kurdistan-Solidaritätsgruppen, ab Samstag, 13 Uhr, in Gießen.

31. 10./1. 11. 92. Seminarwochenende und öffentliche MV der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Anmeldung erbeten über GNN Köln.

31. 10. 92 Bundesweite Tagung der Interessenvertretung „Selbstbestimmtes Leben“ Deutschland e.V. zum Thema: „Behindernde Politik oder Selbstbestimmung Behinderter. 10 bis 16 Uhr, Gesamthochschule Kassel, Nora-Platiel-Str. 5, Raum 0109/0110.

31. 10. 92 „Europa-Wahl-Werkstatt“ der AG bei der PDS „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung“ ab 11.00 Uhr in Erfurt, Eislebenerstr. 1.

Der Wahlkampf zu den Europawahlen hat schon eingesetzt. Nationale, soziale und rassistische Diskriminierung kennzeichnet die Antwort der Rechten auf zunehmende soziale Not und politische Entrichtung. Linke Politik muß nicht nur den Aktions-, sondern ganz dringlich auch den Begründungszusammenhang der rechten Mobilisierung angehen. Wie sehen die aktuellen Schwerpunkte linker Politik in diesem Zusammenhang aus und wie können sie gegen die Rechten und faschistische Gefahr vertreten werden?

Anmeldungen an: ArGe, c/o PDS Gera, O-6500-Gera, Amthorstraße 1; oder GNN Bayern, W-8000 München 2, Dachauerstraße 28.

1. bis 5. 11. 92. Gewerkschaftstag der HBV in Mainz.

7. 11. 92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8. 11. 92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. bis 15. 11. 92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongreß“ der PDS, Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14./15. 11. 92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Themen u.a.: Gesundheitsstrukturgesetz und Möglichkeiten des Widerstandes; Vortrag: „Das Menschenbild in der Geschichte der Medizin“. Beginn: Samstag, 12 Uhr, Ende Sonntag, 13 Uhr. Ort: Haus der Jugend, Deutscherherrenufer 12, Frankfurt am Main. Anmeldungen bei: GNN Stuttgart, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-624701.

28./29. 11. 92, a.o. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: * Großmacht BRD * Ursachen und Funktion faschistischer Parteidbildung * Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

16./17. 1. 93. 12. Parteitag der DKP in Mannheim. Tagesordnung u.a.: Zur programmatischen Erneuerung, zur organisatorischen Erneuerung.

30./31. 1. 93. 3. Parteitag der PDS in Berlin. Er soll über das Programm der PDS beraten und entscheiden.

„Nachtarbeit macht krank“. Referat auf der IGM-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg

Wir dokumentieren etwas gekürzt das Referat von Prof. Dr. med. Wolfgang Huber, Uni Heidelberg, gehalten im Mai 1992 auf der IG Metall Bezirkskonferenz Baden Württemberg.

— (anh)

Periodik verschiedener menschlicher Körperfunktionen

„Die experimentellen arbeitsphysiologischen Forschungen von Colquhoun in England, Rutenfranz in Deutschland sowie vergleichbare Untersuchungen in England, USA und Japan, sind den Grenzen der Elastizität des menschlichen Arbeitsrhythmus nachgegangen. Daraus ergibt sich eine starke Abhängigkeit des menschlichen Tagesrhythmus von visuell empfundenen Reizen. Die visuellen Eindrücke wiederum werden bewußt im Zusammenhang mit äußeren Umständen, wie etwa im Verhalten anderer Haushaltsmitglieder und Kontakt Personen, von Medien und Verkehrslärm verarbeitet. . . .

Physiologische Funktionen im Tagesrhythmus nach Müller-Limroth

Kerz-Kreislauf: Herzaktivität und Kreislaufregulation haben nachts ihr Minimum. Umstellung auf Arbeitsbereitschaft ist nachts schwieriger und erfordert höheren Aufwand an physischen und geistigen Kräften.

Atemung: Das Atmungssystem hat nachts sein Funktionsminimum, und zwar auch im Wachzustand. Sauerstoffaufnahme und Kohlendioxidausgabe sind nachts geringer.

Verdauungsstoffwechsel: Die Absondern der zur Verdauung dienenden Magensaure erreicht nachts das Minimum. Auch dieser Vorgang ist unabhängig von Schlaf und Nahrungsaufnahme. Auch die Leberaktivität verringert sich nachts.

Mineralhaushalt: Die herabgesetzte Nierenfunktion bedeutet ein Minimum der Harnmenge und der im Harn ausgeschiedenen Substanzen.
Blut: Nachts ist das Blut wasserreicher, gegen Morgen werden neugebildete rote Blutkörperchen im Blut ausgeschüttet. Auch die Hormonausschüttung ist nachts herabgesetzt.
Temperatur: Die Körpertemperatur erreicht um Mitternacht ihr Minimum, die Hauttemperatur ihr Maximum. Der Körper neigt nachts zum Schwitzen.
Nervensystem, Sinnesorgane: Die Wahrnehmungsleitungen, Konzentra-

tionsfähigkeit, Psychomotorik, Intelligenzleistung erreichen im Laufe der Nacht ihr Minimum.

Gewebe: Die muskuläre Leistungsfähigkeit ist nachts herabgesetzt.

Mangelnde Anpassung des Biorythmus, ein gesundheitlicher Risikofaktor

Abgesehen von der Beeinträchtigung des Schlafs durch die Umkehr des physiologischen Rhythmus ist der Tagschlaf durch äußere Einflüsse gestört. Der Lärm vermindert die Schlafqualität und verkürzt die Schlafdauer. Untersuchungen berichten übereinstimmend (Rutenfranz u.a.), daß die Mehrzahl der Schichtarbeiter zwischen 50 und 80 % unter Schlafstörungen leidet, teils in der Nacharbeitsperiode, teils bei Schichtwechsel, teils an Wochenenden und teils sogar im Urlaub . . .

Die dem Rhythmus der biologischen Funktion widersprechende Tagesenteilung des Schicht- und Nacharbeiter äußert sich u.a. in folgenden Symptomen:

- subjektives Gefühl der Überanspruchung;
- erhöhte Neigung zum Rauchen;
- herabgesetzter Appetit;
- subjektives Unwohlsein.

Wenn man die subjektiven Beschwerden der Schicht- und Nacharbeiter skaliert, rangieren Schlafbeschwerden an der Spitze, gefolgt von Magenbeschwerden und Kopfschmerzen.

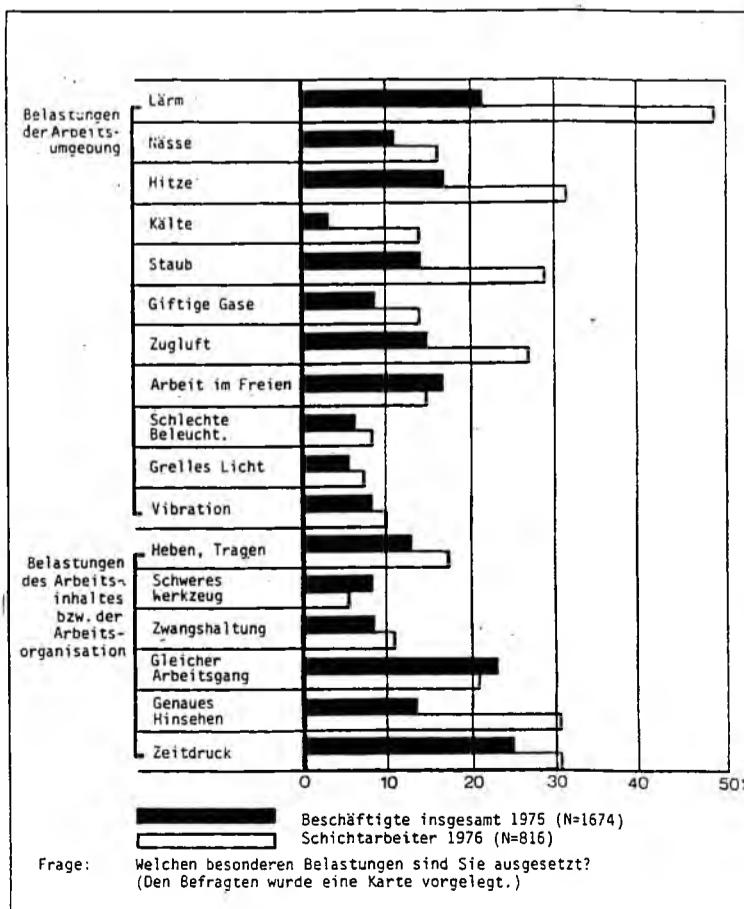
Folgende Phasen sind zu unterscheiden:

- **Adaptionsphase:** Abfall des gesundheitlichen Befindens in den ersten Jahren der Schichtarbeit;
- **Sensibilisierungsphase:** Ausbildung unspezifischer Symptome;
- **Akkumulationsphase:** nach etwa 20 Jahren in Schicht kommt es zu einer Ansammlung von Beschwerden;
- **Manifestationsphase:** Ausbildung manifest erichterkrankungen.

Auch wurde nachgewiesen, daß Schichtarbeiter häufiger in Kombination mit ungünstiger Umgebungsbedingung vorkommen.

Der Gesundheitsindex von Schichtarbeitern ist mit zunehmendem Alter deutlich niedriger als bei Tagarbeitern. (ärztliche Gesamtbewertung durch Erfassen von Erkrankungen pro Jahr, Arztsuchen, Medikamenteneinnahme, Krankenhausaufenthalte, Operationen, Risikofaktoren).

Schaubild: Belastungsfaktoren an Nacht- und Schichtarbeitsplätzen (relative Häufigkeiten)



Quellen: infas-Zusatzerhebung zur Repräsentativverhebung im Bundesgebiet (ohne West-Berlin) unter Schichtarbeitern, April 1976, Random-Auswahl; infas-Repräsentativverhebungen, Bundesgebiet, Juli und August 1975, Random-Auswahl.

Gesundheitliche Verfassung der schichtbeschäftigten Gruppen

Gesichert ist, daß wenige Erwerbstätige über das Alter von 60 Jahren in Schicht beschäftigt bleiben. Dieser Sachverhalt muß auf dem Hintergrund der von Arbeitsmedizinern häufig vermuteten Selbstselektion gesehen werden. Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen beginnen erst gar nicht, in Schicht zu arbeiten. Von denjenigen, die beginnen, beendet ein großer Teil die Arbeit in Schicht bereits nach wenigen Jahren, darunter viele aus gesundheitlichen Gründen. Daraus kann gefolgt werden, daß auf den Schichtarbeitsplätzen schließlich nur noch die gesündesten Arbeitnehmer übrig bleiben.

Gesundheitliche Risiken der Nacharbeit

Man kann davon ausgehen, daß die Schichtarbeit zu vermehrten Beschwerden des Magens und des Darms führt. Als besonders gefährdet durch Schichtarbeit müssen zusätzlich diejenigen angesehen werden, bei denen eine Disposition besteht, bei Schichtarbeit krank zu werden.

Hierbei ist vor allem an die 6 Millionen Hochdruckleidenden in der Bundesrepublik zu denken, von denen 4 Millionen behandelt werden. Ihre Beschwerden verschlimmern sich durch Nacharbeit. Aus einem Patienten mit jugendlicher Hypertonie kann eine fixierte Hypertonie entstehen, deren Konsequenzen koronare Herzkrankheiten sind (in der Bundesrepublik 250000 bis 500000 Infarktkranke als Folge der Hypertonie). Hochdruckleidende dürfen in keinem Fall zu Berufsleistungen herangezogen werden, die nicht dem physiologischen Tagesablauf entsprechen. Ähnliches gilt für die 1,2 Millionen Diabetiker im erwerbsfähigen Alter, die von regelmäßiger Nahrungsaufnahme abhängig sind und sich für Schichtarbeit keinesfalls eignen. Auch die 600000 Rheumatiker, deren Beschwerden stark vom Tagesrhythmus bestimmt sind, sind überhaupt nicht für die Schichtarbeit einzusetzen.

Gefährdet sind auch 20 % aller Männer zwischen 45 und 60 Jahren, die an Durchblutungsstörungen leiden . . . Berücksichtigt werden müssen auch die 1 % chronischer Nierenkranken in der Bundesrepublik, die meist auch Herzleiden und andere Organerkrankungen haben. Psychisch Behinderte, die aus

einem strengen Rhythmus herausgenommen werden, können in ihrer Anpassungsfähigkeit stark gestört werden

Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Schichtbeschäftigten

Insbesondere im höheren Alter wird Schichtarbeit als größere Belastung und Beeinträchtigung empfunden. Daher ist zu fordern:

1. Kurze Nachschichtperioden, damit der normale Rhythmus der Körperfunktionen so wenig wie möglich gestört wird. Nach Nachschicht mindestens 24-stündige Ruhepause.
2. Verkürzung der Arbeitszeit durch Pausenregelungen. Vorschlag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz: 15 Minuten Pause nach dem ersten Drittel der Schicht/30 Minuten Pause nach dem zweiten Drittel der Schicht/ stündliche Kurzpausen von 5-7 Minuten.

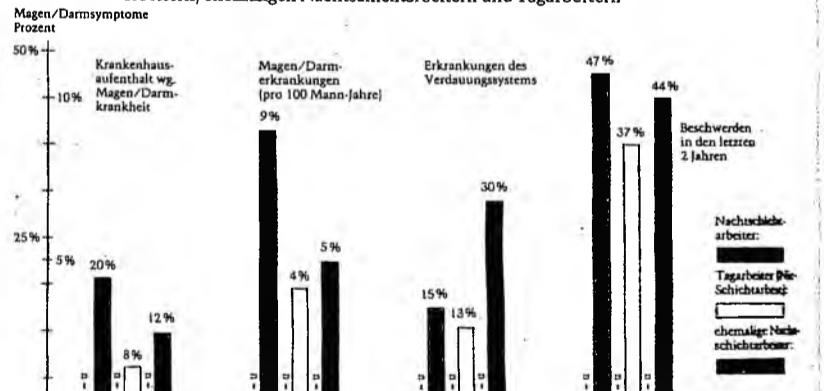
3. Zweimal jährlich 3 Wochen Urlaub/Sonderurlaubstage.
4. Kein Zwang zur Selbstversorgung bei Schichtarbeitern (Angebot von warmem und kaltem Essen, das den ernährungsphysiologischen Anforderungen genügt); die Verpflegungsbedingungen müssen verbessert werden, auch müssen geeignete Pausenräume vorgehalten werden.

5. Arbeit in Dauernachtschicht ist zu untersagen.
6. Zeitliche Begrenzung der Schichtarbeit auf eine bestimmte Zahl von Jahren (nicht länger als 20 Jahre, um Dauerschäden zu vermeiden) oder auf einen bestimmten Lebensabschnitt, nicht für über 50-Jährige.
7. Keine Schichtarbeit bei Neigung zu Magen-Darm-Erkrankungen, bei Epileptikern, herzkranken Hypertonikern und Diabetikern mit Sekundärerkrankungen.

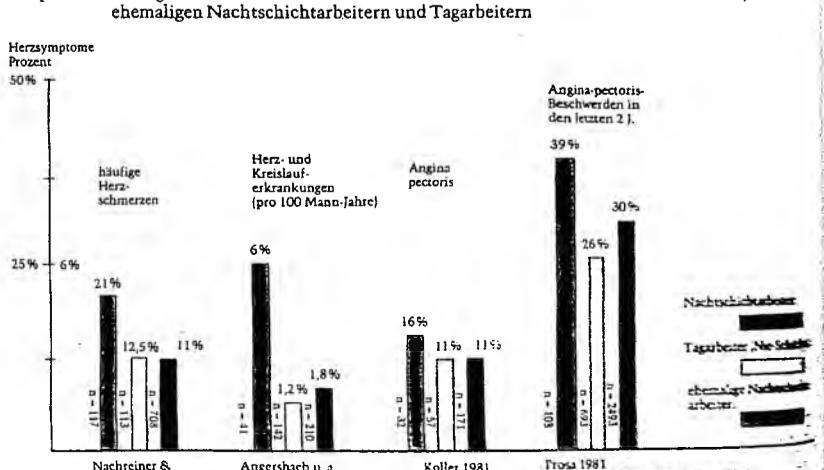
Nicht zuletzt soll Nacht- und Schichtarbeit in Kombination mit folgenden arbeitsphysiologischen Merkmalen ausgeschaltet werden (Müller-Limroth):

- Stärkere muskuläre Belastung über längere Zeit;
- Anhaltende hohe Konzentration und Aufmerksamkeit;
- Anhaltende Ausführung fein koordinierter Tätigkeit;
- Hohe Hitzebelastung;
- Starke Temperaturschwankung;
- Starke Lärmeinwirkung;
- Schadstoff und Immission, die über die Leber entgiftet werden.“

Graphik 1: Häufigkeit von Magen/Darmerkrankungen oder -beschwerden bei Nachschichtarbeitern, ehemaligen Nachschichtarbeitern und Tagarbeitern



Graphik 2: Häufigkeit von Herzkrankheiten oder -beschwerden bei Nachschichtarbeitern, ehemaligen Nachschichtarbeitern und Tagarbeitern



Gine Elsner: Risiko Nacharbeit

Ein Gutachten für die IG Metall

Die IG Metall hat anlässlich der Diskussion um die Aufhebung des Nacharbeitsverbots für Arbeiterinnen ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Klaus Zwickel vom Vorstand der IG Metall kommentiert dieses Gutachten im Vorwort der 125-Seiten-starken Taschenbuchausgabe:

„Nacharbeit ist grundsätzlich für jeden Menschen schädlich.“

Trotzdem nimmt Nacharbeit zu ... Lag der Anteil der Nacharbeit in der Metallverarbeitung über Jahre hinweg bei zwei bis drei Prozent, so ist jüngst ein sprunghafter Anstieg festzustellen ...

In dieser Situation hat der Vorstand der IG Metall — auch aufgrund von Forderungen betroffener Mitglieder, Vertrauenskörper und Betriebsräte eine „Kampagne gegen Nacharbeit“ beschlossen ... Wir wollen mit unserer Kampagne in der Öffentlichkeit und bei den gesellschaftlichen Gruppen das Bewußtsein für die betroffenen Beschäftigten und ihr soziales Umfeld schärfen ...

Es gibt keinen Grund, warum Nacharbeit grundsätzlich anders beurteilt werden soll als Wochenend- und insbesondere Sonntagsarbeit. Wir verteidigen zu Recht mit großem Nachdruck das freie Wochenende als sozial-kulturellen Standard unserer Gesellschaft. Die von regelmäßiger Produktionsarbeit freie Nacht in solchen Bereichen, in denen Nacharbeit nicht technisch zwingend erforderlich ist, gehört auch zu diesem

Standard ...“ Gine Elsner, die Autorin des unten dokumentierten Gutachtens, ist Professorin für Arbeitsmedizin an der Universität Bremen.

Das Gutachten gliedert sich:

1. Biologische Rhythmen verschiedener Körperfunktionen,
2. Über den autonomen Schlaf-Wach-Rhythmus,
3. Zu den körperlichen und intellektuellen Leistungsfähigkeiten,
4. Gesundheitszustand von Nacharbeiterinnen,
5. Beschwerden und Krankheiten der Verdauungsorgane,
6. Kreislaufkrankungen und Herzbeschwerden,
7. Beeinträchtigungen der Familie und der Kinder,
8. Sozio-Kulturelle Benachteiligung,
9. Über die Belastung der Frauen durch Nacharbeit,
10. Dauernachtschichten als ungünstige Arbeitszeitform,
11. Zusammenfassung und Perspektiven.

Vorgestellt wird eine Vielzahl von Untersuchungen (im Register sind 125 aufgelistet). Erstmals veröffentlicht werden die empirischen Studien von Verena Peykan, Universität Bremen, die anlässlich der Diskussion um das Nacharbeitsverbot für Arbeiterinnen in Gang gesetzt wurden.

Da das Referat von Prof. Huber (S.10) einen guten Überblick über den derzeitigen Stand der anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt, dokumentieren wir die neuesten Studien; und davon, was besonders interessant erschien. — (anh)

„Der Körper schläft, wenn er müde ist nicht, wenn er soll“

„Grundsätzlich sind Menschen nachts nicht so leistungsfähig wie tagsüber; wenn aber auch noch Unaugschlafheit hinzukommt, dann verringert sich die Leistungsfähigkeit abermals. Kumulierte Schlafdefizite strapazieren den Menschen. Und am Ende kann gar nicht mehr gesagt werden, wodurch eine nächtliche Leistungseinbuße hervorgerufen wird: durch ein biologisch bedingt verringerte nächtliche Arbeitsbereitschaft oder durch die Tatsache, daß ein Nachschichtler nach mehreren Nachschichten hintereinander unausgeschlafen ist.“

Amerikanische Studien besagen, daß „Frauen nach einer Nachschicht deutlicher weniger Schlaf bekamen als die Männer“ und daß „die Arbeiterinnen, die in Nachschicht arbeiten, deutlich häufiger arbeitsunfähig (waren) als die Männer in denselben Schichtsystemen“.

Das Problem dieser Studien ist, es wurden Männer und Frauen an unterschiedlichen Arbeitsplätzen verglichen. Verena Peykan versucht, für ihre Untersuchungen vergleichbare Gruppen zu finden, was schwierig ist, da der Arbeitsmarkt nach wie vor nach Geschlechtern trennt.

Verglichen wurden bei der Post Arbeiterinnen, die nachts Pakete und Briefe sortieren, mit gleichaltrigen männlichen

„Das gibt auf längere Zeiten Dauerschäden“

„Forschung darf also nicht nur ... aktuell berufstätige Arbeitnehmer in Untersuchungen einbeziehen, sondern muß auch diejenigen Personen in ihre Betrachtung aufnehmen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Denn gerade Menschen, die vorzeitig den Arbeitsmarkt verlassen, haben oft schwerwiegende Gesundheitsstörungen ... Die Frühberentung garantiert keineswegs, daß die Arbeitnehmer ihr Rentenalter genießen können ... Die Landesversicherungsanstalten Baden und Württemberg haben Anfang der siebziger Jahre eine Fragebogenaktion bei ihren Rentnern gestartet. „Die Rentner wurden auch gefragt, in welchem Alter sie aus der Schichtarbeit/Nacharbeit ... ausgeschieden waren. Dabei ergab sich, daß die Erwerbs- und Berufsunfähigen in einem früheren Alter die Schichtarbeit aufgegeben hatten als die Altersrentner ... Bis Mitte Vierzig hatte über die Hälfte von ihnen mit der Schichtarbeit/Nacharbeit aufgehört und war auf einen anderen Arbeitsplatz ohne Schicht oder Nacharbeit gewechselt. Von den männlichen Altersrentnern, die früher einmal in Schicht/nachts beschäftigt waren, hatten viele den Wechsel erst später vorgenommen. Bis zum Alter von Mitte Vierzig war nur ein knapper Drittel (32 %) aus der Schichtarbeit ausgeschieden, die Mehrheit dieser ehemaligen Schichtarbeiter wechselte erst später auf einen Tagesarbeitsplatz.“

„Schichtarbeit und Nacharbeit gehen also mit einem deutlich erhöhten Risiko für die Arbeitnehmer einher, als Erwerbs- oder Berufsunfähige den Arbeitsmarkt zu verlassen. Auch wenn der Wechsel aus der Schicht-/Nacharbeit schon in einem jungen Lebensalter vollzogen wird, so garantiert dies nicht, bis zum normalen Rentenalter im Erwerbsprozeß zu verbleiben. Offenbar setzt die Nachschichtarbeit bleibende Gesundheitsschäden, die dann auch wenn ein Arbeitsplatzwechsel noch erfolgt — zu einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt führen.“

Tabelle 6: Rentenzugänge nach Rentenart und Nachschichtarbeit in den letzten zehn Jahren (nur Männer)

	Frührentner %	Altersrentner %
Schichtarbeit ohne Nacharbeit	2,8	2,4
Schichtarbeit mit Nacharbeit	9,7	7,4
Nacharbeit	0,6	0,5

Quelle: Specht 1977

Tabelle 7: Rentner nach Rentenart, Geschlecht und Schichtarbeit

	Erwerbs-/Berufsunfähige Altersrente					
	männl. %	weibl. %	insge- sam	männl. %	weibl. %	insge- sam
zuletzt in Schicht/nachts gearbeitet	24	22	23	21	19	20
früher einmal in Schicht/nachts gearbeitet	35	16	25	22	9	19

Quelle: Infratest Sozialforschung 1981

Tabelle 15: Zeitintervall zwischen Arbeitsbeginn in der jeweiligen Schicht und der Krankheitsdiagnose (in Jahren)

	Schleimbaut-entzündung Magen/Zwölffingerdarm	Geschwüre	psychische Beeinträchtigungen
Tagarbeiter	12,6	12,2	9,7
Zweierschicht	7,8	14,4	9,0
Dreierschicht	7,4	5,0	6,8
Dauernacht-schicht	4,7	5,6	3,6

Quelle: Costa u. a. 1981

Zusammenfassung und Perspektiven

Im folgenden aus dem Gutachten die Kernaussagen der „Zusammenfassung und Perspektiven“.

„Der Mensch ist nicht dafür gemacht, nachts zu arbeiten. Das ist gegen die Natur; vor allem aber ist eine Arbeit zu Nachzeiten gegen das soziale Gefüge unserer Gesellschaft. Seit es in der Industrie Nacharbeit gibt, wurden Untersuchungen über die körperlichen Funktionen zu Nachzeiten angestellt ...“ Es folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

„Während das Bundesverfassungsgericht und die Bundesregierung sehen, daß Nacharbeit sowohl gehäufte psychosoziale Beeinträchtigungen haben als auch gehäufte Krankheiten von Seiten des Verdauungssystems herbeiführt, werden die Erkrankungen des Herzens und des Kreislaufs üblicherweise ausgeklammert ... Eine Reihe von Untersuchungen verweist darauf, daß die Nacharbeit ein Risiko für Herz und Kreislauf darstellt. Die schlimmste durchblutungsbedingte Erkrankung ist der Herzinfarkt; er endet häufig tödlich. Und die Toten verschwinden aus den Betrieben und aus den Statistiken. Untersuchungen können sich also nicht nur auf diejenigen Arbeitnehmer beschränken, die aktuell im Erwerbsleben stehen; denn schwerwiegende Krankheiten führen dazu, daß Arbeitnehmer aus der Arbeit ausscheiden. Wenn hier zukünftig Forschungsbedarf gesehen wird, dann müssen die Krankheiten der Frührententen und der Verstorbenen mit in Betracht gezogen werden.“

Gine Elsner zitiert eine Reihe von Antworten der Bundesregierung auf Anfragen bezüglich „geeignete Maßnahmen“ zum „Schutz der Arbeitnehmer vor den schädlichen Folgen der Nacharbeit“, die erkennen lassen, daß hauptsächlich an Eignungsuntersuchungen gedacht ist: „Zwar dienten Vorsorgeuntersuchungen nach Auffassung der Bundesregierung nicht dazu, „Arbeitnehmer wegen ihrer individuellen Krankheitsrisiken aus dem Arbeitsleben auszusondern. Sondern sie dienen dazu, den Arbeitnehmern, in bezug auf seine individuelle Situation arbeitsmedizinisch zu beraten.“ Das Problem ist nur, was mit den Individuen geschieht, die aus gesundheitlichen Gründen Nacharbeit nicht mehr verkraften ...“

Möglich sei, einzelne Arbeitnehmergruppen besonders zu schützen, nur müssen ein solcher Schutz geschlechtsneutral sein. Die Richter haben ganz offensichtlich daran gedacht, Familien mit kleinen Kindern vor den Folgen sozialschädlicher Nacharbeit zu schützen. Aber sind es denn nur die nacharbeitenden Eltern kleiner Kinder, die besondere Schwierigkeiten haben, tagsüber Ruhe und Schlaf zu finden? Größere Kinder beanspruchen die elterliche Wohnung oftmals sehr viel stärker für sich; sie brauchen eigenen Raum, um sich entwickeln zu können; sie brauchen soziale Kontakte, sie brauchen Musik, und sie brauchen das Telefon. Gerade ältere Kinder, die nicht mehr in Kindergarten oder Horten betreut werden, stellen ein Problem dar für nacharbeitende Mütter und Väter. Und keiner weiß, wie die Verhältnisse sich weiter entwickeln werden, wenn Mütter berechtigterweise zunehmend berufstätig sind und keine Hausfrau mehr da ist, die tagsüber das Management übernimmt und für Ruhe und Ordnung sorgt.

Zu denken ist auch daran, älteren Arbeitnehmern den Ausstieg aus der Nacharbeit zu erleichtern. Ältere Menschen haben mehr Schwierigkeiten mit dem Schlafen als jüngere; für Ältere ist es schwieriger, am Tag zu schlafen und Erholung zu finden, als für Jüngere. Daneben sind ältere Menschen eh diejenigen, bei denen häufiger durchblutungsbedingte Herz und Kreislauferkrankungen auftreten als bei jüngeren. Wenn aber die Nacharbeit ein Risiko für Herz und Kreislauf darstellt, dann könnten Ältere vielleicht vor diesem Leiden bewahrt werden durch Ausscheiden aus der Nachschicht. — Die Frage ist dann nur, wer bleibt noch übrig, um nachts zu arbeiten?

Wir erleben zur Zeit eine Ausdehnung von Nacharbeit. Der Mensch ist aber nicht dafür gemacht, nachts zu arbeiten. Natürlich müssen gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen auch nachts erbracht werden — niemand denkt daran, die Krankenhäuser nachts stillzulegen. Aber die Gesellschaft sollte darüber debattieren, welche Arbeiten als so gesellschaftlich notwendig angesehen werden, daß sie auch nachts erledigt werden müssen. Quelle: Gine Elsner: Risiko Nacharbeit, Ein Gutachten für die Industriegewerkschaft Metall, Bonn, Dietz, 1992, ISBN 3-8012-0190-2; DM 16,80 — (anh)

An den örtlichen Aktionen im Rahmen des „Langen Marsches für gleiche Rechte“ (19.9. bis 3.10.1992) haben sich nach Angaben der Veranstalter europaweit mehrere Zehntausend Menschen beteiligt. Bis zur Halbzeit-Bilanz am 26.9. waren bereits 30000 Unterschriften gesammelt worden, die sich an das Europa-Parlament richten und die Forderungen des Sternmarsches unterstützen. In der Bundesrepublik starteten zwei Gruppen im Norden in Hamburg und Berlin, im Süden kamen die Teilnehmer des Marsches von Österreich aus über Wien und Innsbruck nach München. Weitere Gruppen starteten in der Schweiz, in Frankreich und in den Niederlanden, gemeinsames Ziel war das Europaparlament in Strasbourg bzw. in Bruxelles. Initiator war in der Bundesrepublik die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD (DIDF).

Während der „Marsch für gleiche Rechte“ auf Bundesebene nur mäßige Unterstützung fand, u.a. von der PDS/LL-Bundestagsgruppe und von einzelnen MdEPs der Grünen, kam es auf regionaler und insbesondere örtlicher Ebene doch zu Unterstützungsaufrufen, Begrüßungen, Veranstaltungen und Aktionen von größeren Bündnissen,

Europaweiter Marsch für gleiche Rechte, gegen Rassismus und Faschismus

die Ausländerbeiräte und Ausländervereine, antifaschistische und antirassistische Gruppen, Schüler- und Studentenvertretungen, Organisationen der sozialistischen Linken, Parteigliederungen der Grünen, einzelne Gliederungen von DGB und Einzelgewerkschaften sowie einzelne Ortsvereine der SPD umfassen.

Neben Öffentlichkeitsarbeit in Form von Kundgebungen, Pressekonferenzen, Informationsständen, Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen fanden Solidaritätsfeste und Kulturveranstaltungen statt. Vor dem VW-Werk in Kassel führten die Teilnehmer des Sternmarsches eine Kundgebung durch, in Düsseldorf übergaben sie Vertretern des Landtags eine Petition, die auch die Forderungen des Sternmarsches enthielt.

Einen lebhaften Beweis für die „Freizügigkeit“ im „vereinten Europa“ und dafür, wie die europäischen Sicherheitskräfte mit der Arbeitervölkerung aus dem Ausland umspringen und

auch weiterhin umzuspringen gedenken, bekamen die Teilnehmer des Sternmarsches zum Europaparlament bei ihren diversen Versuchen, Grenzen zu überqueren. Der holländischen Gruppe wurde von der deutschen Grenzpolizei in über 20 Fällen die Ausstellung von Reisevisa verweigert, lediglich 5 Personen konnten den Marsch in der BRD fortsetzen. Ebenso wurde von deutscher Grenzpolizei einigen Dutzend Personen der österreichischen Gruppe ein Visum verweigert, nur sechs konnten einreisen. Am 1.10. wurde in Kehl 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Einreise nach Frankreich mit Ziel Strasbourg verwehrt. Das französische Konsulat weigerte sich wohl aufgrund eines Beschlusses des französischen Inneministeriums, auch nur ein 1-tägiges Gruppenvisum auszustellen.

Die Initiatoren hatten in ihrem Aufruf zum „Langen Marsch“ im Juni 1992 geschrieben (siehe auch *Politische Berichte* 14/92 vom 3.7.92):

„Wir wissen aber, daß wir nicht die einzigen sind, die gegen Ausländerfeindlichkeit und faschistische Entwicklung und für gleiche Rechte für Ausländer kämpfen. Wir sind uns bewußt, daß es in Westeuropa mehrere tausend Organisationen und Initiativen gibt, die mit derselben Zielsetzung arbeiten. Wir glau-

ben: Wenn diese Gruppen ihre Kräfte vereinen, können rassistische und faschistische Entwicklungen gestoppt und zurückgeschlagen werden.“

Dieses gilt auch nach Abschluß des Sternmarsches, der sicher ein Schritt in dieser Richtung war. Wie der Kampf gegen rassistisch-faschistische Angriffe

und Propaganda und für gleiche Rechte fortgesetzt werden kann, darüber wird bestimmt auch in den örtlichen Bündnissen diskutiert.

Quellen: Diverse Presseerklärungen und Sternmarsch-Infos, Komitee „Langer Marsch für gleiche Rechte“ — (mio)



Bild: af/mz

Faschisten, Rechtsradikale oder Rechtsextremisten?

Alle faschistischen und rassistischen Parteien und Organisationen sind — auch wenn sie „eigenständige“ Organisationen sind — in ihrem Kern gleich. Allerdings werden sie von einigen Kreisen in verschiedene Kategorien eingeteilt: neonazistisch, rechtsextremistisch, rechtsradikal etc. Dabei wird leicht übersehen, daß sie sich nur formal unterscheiden und dieselbe Zielsetzung haben.

Der Grundgedanke, der sich wie ein roter Faden durch ihre Ideologien zieht, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: „Die Menschen sind nicht gleich. Das, was sie zusammenhält, ist das Nationale. Deswegen können zwei verschiedene Nationen nicht zusammenleben. Die eigene Rasse (in diesem Fall die deutsche) steht über den anderen. Sie muß rein gehalten werden...“

„Das deutsche Volk muß sich um diese neofaschistische Ideologie vereinen. Diejenigen, die sich dem nicht fügen — insbesondere Ausländer und Kommunisten —, müssen weg...“

„Die Verantwortlichen der Probleme in Deutschland (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Inflation, soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Probleme) sind die Ausländer...“

Demokratische Organisationen und Institutionen (Gewerkschaften, Betriebsräte etc.) sollen verboten werden. An deren Stelle sollen Organisationen wie SS, SA u.ä. treten, die für die Massenmorde im Dritten Reich verantwortlich waren.

Diese Organisationen stehen

nach eigenen Angaben weiter rechts als die reaktionären Parteien CDU/CSU und kritisieren sie, daß „sie nicht härter vorgehen, obwohl sie über die nötigen Machtmittel verfügen“. Mit ihren demagogischen Lösungsvorschlägen gehen sie auf die Jagd, um „die Sympathie ausgenutzt, unpolitischer Massen zu gewinnen...“

Diese Aussagen werden von diesen Parteien (Reps, DVU, NPD, FAP etc.) öffentlich propagiert und füllen ihre Programme und Statuten. In ihrem Propagandamaterial verwenden sie Lösungen und Symbole des Hitler-Faschismus. Gemäß § 86 StGB ist das alles verboten. Auch das Potsdamer Abkommen sowie Art. 139 GG verbieten die NSDAP, SS, SA und deren Nachfolgeorganisationen.

Die Zahl der Überfälle auf AusländerInnen im Jahre 1991 betrug mehr als 3000. Auch im ersten Quartal d.J. wurden über 600 Überfälle gezählt. Auch wenn heute nicht mehr viel darüber geschrieben und geredet wird: sie werden verstärkt fortgesetzt.

Wir fragen: Was unternimmt man gegen diese Überfälle? Diese Überfälle werden organisiert durchgeführt. Was unternimmt der deutsche Staat gegen diese Organisationen? Und etliche andere Fragen...

Der Alltag bietet uns genügend Antworten auf diese Fragen. Insbesondere das Verhalten der Polizei — die fast immer zu spät kommt — ermutigt und unterstützt die Neonazis. Die faschistischen Organisationen kom-

men in den ungehinderten Genuss der Kommunikationsmittel (Bundespost, Rundfunk, Fernsehen etc.). Und wenn die Festnahme sich nicht umgehen läßt, werden die Festgenommenen wegen „Kavaliersdelikten“ angeklagt. In den meisten Fällen wird ihnen ihre „Trunkenheit“ zugute geschrieben.

Dies alles wundert uns natürlich nicht. Dies alles entspricht den Plänen und der Politik der Bundesregierung. Was aber tun die demokratischen Kräfte dagegen? Es muß festgestellt werden: Auf jeden Fall nicht genug! Der Grund dafür liegt unserer Ansicht nach in der heutigen Situation der antifaschistischen Bewegung in Deutschland und in ihrem Verhältnis zu den ausländischen ArbeiternInnen.

Es gibt keine Alternativen: Die deutschen und ausländischen antifaschistischen Kräfte müssen ihre Schwächen überwinden und gemeinsam agieren. Dabei müssen sie aus den Erfahrungen die richtigen Lehren ziehen.

Deswegen erheben wir unsere Stimme beim europaweiten Sternmarsch u.a. auch für folgende Forderungen:

- Stoppt die ausländerfeindlichen, rassistischen und faschistischen Angriffe und Propaganda! Zieht die faschistischen Schläger zur Rechenschaft!
- Vereinen wir unsere Kräfte und verstärken wir den gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Rassismus!

Dokumentiert aus: Sternmarsch-Info Nr. 1, Komitee „Langer Marsch für gleiche Rechte“

FORDERUNGEN

Mit diesem Sternmarsch fordern wir:

- die Gewährung der einfachsten Menschenrechte an AusländerInnen, den Stopp neonazistischer Angriffe und Propaganda,
- die Beendigung ausländerfeindlicher und rassistischer Politik in den europäischen Staaten, Den Stopp der Brandstiftungen, Überfälle, Morde gegen AusländerInnen bzw. ihre Einrichtungen, die Bestrafung der Täter,
- die Einstellung und das Verbot aller demagogischen Aktivitäten von faschistischen, rassistischen Organisationen und Gruppen, die die AusländerInnen als Verantwortliche allen Übels darstellen, die Aufhebung aller Gesetze, die das Recht auf Organisierung und politische Betätigung für AusländerInnen einschränken,
- die Gewährung gleicher politischer und sozialer Rechte mit dem passiven und aktiven Wahlrecht auf allen Ebenen, und die Aufhebung aller Gesetze, die ein Hindernis davor darstellen,
- die Sicherung der Ausübung dieser Rechte!

Wir fordern die Aufhebung aller Diskriminierungs-gesetze gegen AusländerInnen und der Folgen wie z.B.:

- der Visumspflicht, die die Reisefreiheit einschränkt, aller Regelungen, die die ausländischen ArbeiternInnen bei der Arbeitsplatzsuche bzw. Entlassungen zum Freiwild machen,
- aller Bestimmungen, die die ausländischen Schüler mit einer deutschen Hochschulzugangsberechtigung an der Aufnahme eines Studiums einschränken bzw. verhindern,
- der Praxis, als deren Folge über 60% der Sonderschüler ausländische Kinder sind,
- das Recht auf Erlernen der Muttersprache in den Schulen,
- aller Bestimmungen, in deren Fängen die AusländerInnen auf Behörden, in Schulen, Betrieben und den anderen Bereichen des öffentlichen Lebens schikaniert und erniedrigt werden!

Ferner fordern wir:

- Das Vermieten von Wohnungen an Ausländer muß gefordert werden!
- Die Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe muß unterbunden und unter Strafe gestellt werden!
- Willkürliche erzielte Hausverbote, zu „ausländerfreien Zonen“ erklärte Freizeit- und Unterhaltungszentren u.ä. Formen von Diskriminierung, Erniedrigung und Beleidigung müssen unterbunden und unter Strafe gestellt werden!
- Den AusländerInnen müssen genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Kultur entwickeln und ihre Sprache erlernen können!
- Es müssen Kampagnen usw. verwirklicht werden, um die Freundschaft und die Solidarität zwischen den Einheimischen und AusländerInnen zu erreichen! Aktionen mit dieser Zielsetzung müssen finanziell und ideell unterstützt werden!

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- o 6 Ausgaben für 10 Mark (beliegen) zum Kennenlernen.
- o im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- o im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo)
- o Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Huseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschek (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czeminski 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 6915, Telefax: 0221/21 15373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144 393600. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM (Förderabo 78,- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1, DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellenrichten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft: Herbert Staschek; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverbund niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverbund baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverbund bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront; AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront; AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagehinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

- GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
- GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 62
- GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czeminski 5, 1000 Westberlin 62
- GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
- GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
- GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11
- GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
- GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rbg.), 8000 München 2
- für Bezieher aus Ostdeutschland GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz